Für den revolutionären Kampf gegen das Bonner Atomprogramm Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 40 vom 7. Oktober 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten!

Weg mit dem Verbotsantrag!

Viele Kollegen wissen es bereits: Die Kapitalisten planen das Verbot unserer Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Am 26. 9. 77 beschloß der Bundesvorstand der CDU, über den Bundesrat einen Antrag auf Verbot der KPD/ML, des KBW und der KPD einzureichen: Unsere Verlage und Druckereien sollen geschlossen, jede legale revolutionäre Agitation und Propaganda unterbunden, die Betriebe von Kommunisten „gesäubert", jeder, der für die sozialistische Revolution, für die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, gejagt, verfolgt und ins Gefängnis gesperrt werden.

Wie man sieht, haben diese Herren ihr Handwerk nicht verlernt! Sie wissen, was sie zu tun haben, wenn ihre Auftraggeber, die Krupp, Thyssen, Siemens und Abs angesichts eines Millionenheers von Arbeitslosen, angesichts sich einer immer weiter verschärfenden Wirtschaftskrise, angesichts einer wachsenden Unzufriedenheit und Radikalisierung in den Reihen der Arbeiterklasse, Angst bekommen vor einer weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe, Angst bekommen vor einer revolutionären Situation, die mit Sicherheit eines Tages auf sie zukommen wird. Wie 1933, wie 1956 ist es ihr Hauptziel, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, also die in der kommunistischen Partei organisierten Kollegen auszuschalten, um die gesamte Arbeiterklasse, um alle Werktätigen noch zügelloser ausbeuten und unterdrükken zu können.

Der Angriff gegen die KPD/ML richtet sich auch gegen Dich, Kollege!

Wie 1956, als das KPD-Verbot der Höhepunkt der brutalen Unterdrükkung des Kampfes des deutschen Volkes für die Einheit Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung des westdeutschen Imperialismus war. Wie 1933, als das Verbot der KPD das Fanal für die Zerschlagung aller Organisationen der Arbeiterklasse war. Ab da hieß es: freie Bahn für den Arbeitermord, für den KZ-Terror, für den Krieg, in dessen Schützengräben Millionen für die Profit- und Machtgier der Krupp und Thyssen verbluteten. Und heute? Spontan sagte ein Kollege bei Hoesch in Dortmund, als er vom Verbotsantrag gegen unsere Partei erfuhr: „Wenn die KPD/ML verboten wird, geht es dem Arbeiter noch dreckiger." Der Verbotsantrag gegen unsere Partei ist ein schwerwiegender Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. Damit soll den Arbeitern verboten werden, sich in der einzigen Partei zusammenzuschließen, die ihre und nicht die Interessen der Bourgeoisie vertritt; damit soll die Handhabe geschaffen werden, jeden Zusammenschluß der Werktätigen auf einer klassenkämpferischen, revolutionären Grundlage als „kommunistische Tarnorganisation" zu kriminalisieren und aufzulösen. Nicht umsonst richtet sich der Verbotsantrag der CDU nicht nur gegen unsere Partei, sondern auch gegen den KBW und die GRF (KPD). Auf breiter Front soll dem Klassenkampf der Arbeiter die Schärfe genommen, jeder Kampf, der sich nicht in den von der Bourgeoisie und dem reaktionären DGB-Apparat erlaubten — also für das Kapital ungefährlichen — Bahnen bewegt, sabotiert und verfolgt werden. Sollen die Werktätigen eingeschüchtert, Angst und Resignation unter ihnen geschürt werden.

Natürlich geben die Herrschenden das nicht gerne zu. Schließlich haben sie dazugelernt, die alten und neuen Nazis, die sich in der CDU — und nicht nur dort — tummeln, die Kiesinger (NS-Propagandist und später Bundeskanzler), die Filbinger (früher NS-Richter und heute Ministerpräsident von Baden-Württemberg) und wie sie alle heißen mögen, die sich ihre Sporen in der Zeit des Hitlerfaschismus verdienten und heute wieder an den Schalthebeln der Macht sitzen. Heute sprechen diese Herren nicht mehr von „bolschewistischen



Weg mit dem Verbotsantrag! — Flugblattverteilung und Stelltafeln vor Opel in Bochum.

Fortsetzung auf Seite 9

Stahltarifrunde

Kampf dem 4%-Lohndiktat!

In der eisen- und stahlerzeugenden Industrie stehen die Kollegen vor der Aufgabe, den Kampf gegen die weitere Minderung ihrer Reallöhne und -gehälter zu organisieren. Der alte Tarif für Löhne und Gehälter läuft Ende Oktober aus. Schon haben die Stahlkapitalisten das Trommelfeuer ihrer arbeiterfeindlichen Propaganda eröffnet. Das verlogene Schlagwort von den „überzogenen Lohnforderungen", die die Ursache allen Übels seien, der angebliche Grund für den Rückgang der Stahlproduktion, für den Abbau von Arbeitsplätzen, für Massenentlassungen und Stillegungen, tönt wieder verstärkt auf dem Fernsehschirm und in den Zeitungsspalten. Die Kapitalisten haben sich zum Angriff auf die Lebenslage der Stahlwerker formiert. Ihre Devise heißt: skrupellos die infolge von Arbeitslosigkeit und massiver Arbeitsplatzvernichtung schwierigen Kampfpositionen der Arbeiter ausnutzen. Zynisch wird das Gespenst des drohenden Verlustes des Arbeitsplatzes gegen die Arbeiter ausgespielt, um so die Lohnforderungen zurückzuschlagen und sich trotz Krise neue Rekordprofite zu sichern.

Was tut die Gewerkschaft in dieser Situation? Stellt sich der IGM-Apparat der Lohnverzichtspropaganda kompromißlos entgegen, wie es die Aufgabe einer wirklichen Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten ist? Stärkt er den Belegschaften den Rücken gegen die Erpressertaktik der Kapitalisten? Trifft er die Vorbereitungen für eine machtvolle geschlossene Kampffront, die so dringend nötig ist?

Der IGM-Apparat tut nichts dergleichen. Er zieht vielmehr, wenn auch teilweise durch scheinradikale Gebärden und Sprüche verbrämt, am gleichen Strick, wie die Konzernherren. Wie eh und je fällt er den Kollegen auch jetzt in den Rücken, wo der Kampf, der machtvolle Widerstand gegen den Angriff der Ausbeuterherren, doch noch dringender als die ganzen Jahre zuvor vonnöten ist.

Bereits Ende Juni trat die Tarifkommission der IGM zum ersten Mal zur diesjährigen Lohnrunde in der Stahlindustrie zusammen, um die Weichen gegen die Interessen der Stahlwerker zu stellen. Es wurde beschlossen, eine möglichst niedrige Forderung gegen den Willen der Massen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder aufzustellen. Es wurde Kurs darauf genommen, zum dritten Mal die seit Jahren fällige Erhöhung der stahltypischen Zuschläge zu hintertreiben. Es wurden üble Spaltungsmanöver und Abwiegelungsmaßnahmen ausgeklügelt: So wurde die Parole ausgegeben: Wenn die stahltypischen Zuschläge erhöht werden, geht dies von der eigentlichen Lohn- und Gehaltserhöhung ab. Damit sollen die Konti-Schichtler und

Fortsetzung auf Seite 5

Weg mit dem Verbotsantrag gegen KPD/ML, KBW und KPD

Kundgebung:

Samstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Rathausplatz in Bonn

Veranstaltung der KPD/ML:

8. Okt., Einlaß 18 Uhr, Beginn 19 Uhr, Philipshalle, Siegburger Str. 15, Düsseldorf-Oberbilk (Nähe S-Bahn Oberbilk)

AUS DEM INHALT

"Blitzgesetz" durchgepeitscht

Legalisierung der Isolationshaft

Am 1. Oktober ist das sogenannte „Kontaktverbotsgesetz" in Kraft getreten, nachdem es in ganzen drei Tagen im Bundestag und Bundesrat durchgepeitscht worden war. SPD, FDP und CDU/CSU hatten es so eilig, dieses reaktionäre Gesetz unter Dach und Fach zu bringen, daß es ihnen nicht darauf ankam, die von ihnen sonst so gepriesenen parlamentarischen Regeln einzuhalten. Die Beratungen in Bundestag und Bundesrat waren eine einzige Farce. Als sich die angeblichen Volksvertreter zur Abstimmung im Parlament versammelten, war das Gesetz schon längst gesetzt, gedruckt und versandfertig abgepackt. Man hätte genausogut auf die Abstimmung verzichten können.

Worum geht es? Das „Kontaktverbotsgesetz" gibt den staatlichen Behörden jederzeit die Möglichkeit, willkürlich politische Gefangene auf beliebig lange Zeit von der Außenwelt zu isolieren. Gibt ihnen die Möglichkeit, jeden mündlichen oder schriftlichen Kontakt der politischen Gefangenen mit ihren Verteidigern zu unterbinden. Gibt dem bürgerlichen Staat schließlich die Möglichkeit, die Anwälte der politischen Gefangenen praktisch von der Verteidigung auszuschließen, ihnen die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen, Vernehmungen und sogar Haftprüfungsterminen zu verbieten und ihnen jede Einsicht in Prozeßakten zu verweigern.

Das neue Gesetz gibt der Bourgeoisie die Handhabe, politische Gefangene ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit einzusperren (solange die Isolierung gilt, darf laut Gesetz keine Hauptverhandlung stattfinden) oder sie nach einer Verurteilung völlig zu isolieren. Zwar heißt es im Gesetz, daß das „Kontaktverbot" auf 30 Tage begrenzt ist. Aber schon im nächsten Satz wird hinzugefügt, daß die vollständige Isolation beliebig lange ausgedehnt bzw. wiederholt werden kann.

Man muß sich das einmal vorstellen: Dieselben Leute, die jetzt für die Verabschiedung des Gesetzes verantwortlich sind, haben jahrelang geheuchelt, Isolationshaft mit ihren schrecklichen Folgen für die Gefangenen gäbe es in unserem Land nicht. Die bürgerliche Klassenjustiz hat Dutzende von Verfahren gegen den „Roten Morgen" und andere Zeitungen angestrengt, weil sie die Wahrheit darüber enthüllten. Und jetzt wird ein Gesetz erlassen, daß die totale Isolierung der politischen Gefangenen auf unbestimmte Zeit legalisiert.

Haben die Schmidt, Genscher, Kohl und Co. nicht ständig den „Rechtsstaat" beschworen, in dem wir angeblich leben und den es gegen die „Terroristen" zu verteidigen gelte? Und jetzt erklären dieselben Leute kaltlächelnd im Fernsehen, daß es „mit der Idylle des demokratischen Rechtsstaates endgültig aus ist".

Tatsächlich wird mit dem „Kontaktverbotsgesetz" eines der elementarsten Rechte jedes Gefangenen, nämlich das Recht, seine Verteidigung mit Hilfe eines Anwalts seiner Wahl vorzubereiten und zu führen, mit einem Federstrich abgeschafft. Solche Gesetze waren bisher nur aus den faschistischen Diktaturen der Vergangenheit und der Gegenwart bekannt. Und genau dieser Geist ist es auch, von dem das „Kontaktverbotsgesetz", wie die zahllosen anderen Gesetze und Maßnahmen, die die Bourgeoisie zur Unterdrückung des revolutionären Kampfes entweder in der letzten Zeit verabschiedet hat oder bereits fix und fertig in der Schublade bereithält, geprägt ist. Die Bourgeoisie schränkt die wenigen demokratischen Freiheiten, die die Werktätigen in unserem Land noch genießen, rigoros immer weiter ein. Kaltblütig steuert sie auf die Errichtung einer faschistischen Diktatur hin, wenn sie den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen unseres Landes nicht mehr anders unterdrücken kann.

Heute wird das Gesetz bereits angewendet. Elf Gefangene der RAF sind der totalen Isolation unterworfen. Warum gerade sie und nicht auch die anderen angeblichen „Terroristen", die in den Gefängnissen der Bundesrepublik eingekerkert sind? Eine Auskunft darüber gibt es nicht — Nachrichtensperre. Laufende Prozesse gegen andere politische Gefangene sind bereits unterbrochen worden. Wer entscheidet aufgrund welcher Tatsachen darüber, daß gerade diese Gefangenen eine „Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person" darstellen, wie es im Gesetz heißt? Erfahren kann man darüber nichts. Schon jetzt, wo die Anwendung des Gesetzes vorläufig auf einen kleinen Kreis von politischen Gefangenen beschränkt ist, zeigt die Praxis, daß es der Bourgeoisie einzig und allein darum geht, sie willkürlich und kaltblütig von der Außenwelt zu isolieren.

Niemand sollte sich von der Demagogie der Bourgeoisie täuschen lassen, hier gehe es „lediglich" um die Bekämpfung der angeblichen „Terroristen". Ein „Terrorist" ist für die Bourgeoisie heute bereits jeder, der auf revolutionäre Weise gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung kämpft, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen verteidigt, ist vor allem der, der als Kommunist für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch die proletarische Revolution kämpft.

Hinter der „Demokratie", um deren „Schutz" es den Bonner Parteien angeblich geht, verbirgt sich in Wirklichkeit nichts anderes als die kapitalistische Ausbeuterordnung, die Diktatur der Bourgeoisie, die sie mit allen Mitteln gegen den Kampf der Werktätigen mit den Kommunisten an der Spitze aufrechtzuerhalten suchen.

CSU-Parteitag

Faschistische Hetze gegen Klassenkampf

Mit einer ungezügelten faschistischen Hetze ist die CSU auf ihrem diesjährigen Parteitag in München aufgetreten. Die Strauß und Co. präsentierten sich als offen reaktionäre Kampfpartei des Monopolkapitals für die brutale Unterdrückung aller fortschrittlichen und revolutionären Kräfte, besonders aber der Marxisten-Leninisten.

Um den faschistischen Geist zu kennzeichnen, der auf diesem Parteitag herrschte, genügt es, sich z. B. das Auftreten des Vorsitzenden der Jungen Union von Freyung vor Augen zu halten. Unverhüllt geiferte er: „Den Terroristen gehört der Kopf ab", und hatte damit ganz offensichtlich den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Andere brüsteten sich gegenüber Zeitungskorrespondenten mit Schwarzen Listen, die sie angelegt hätten und erklärten, daß sie mit denen, die sie darauf gesetzt haben „abzurechnen gedenken".

So war denn auch das vom Parteitag verabschiedete sogenannte Offensivprogramm nichts anderes als ein Katalog von Maßnahmen zur Unterdrückung von revolutionären und fortschrittlichen Menschen und Organisationen. Was hier gefordert wird, entstammt zum Teil direkt dem Arsenal des Hitlerfaschismus. So z. B. die „unbefristete Sicherungsverwahrung", mit der Kommunisten und Revolutionäre lebenslänglich eingekerkert werden könnten, wenn sie auch nur einmal von der bürgerlichen Klassenjustiz verurteilt worden sind. Aber nicht einmal das genügt der CSU. Wenn es nach ihr geht, wird die „Sicherungsverwahrung" auch auf alle sogenannten „potentiellen Terroristen" ausgedehnt.

Wir wissen, was „potentieller Terrorist" im Sprachgebrauch der Bourgeoisie bedeutet. Damit sind in erster Linie die Marxisten-Leninisten gemeint, aber auch alle diejenigen, die den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen unseres Landes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung führen und unterstützen. Und genau in diesem Sinn hetzte Strauß von der Tribüne des Parteitages.

„Wer in Schulplänen, Rahmenrichtlinien, Ausbildungsleitlinien den Konflikt im Elternhaus als natürlich vorschreibt", rief er, „wer Ausbilder und Lehrlinge als Unterdrücker und Unterdrückte kennzeichnet, wer Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Ausbeuter und Lohnsklaven verleumdet, wer Geschichte und Gesellschaft als blutige Bühnen von Gewalt und Gegengewalt verzerrt, der ist ein Feind des inneren Friedens." Und nach solchen und ähnlichen Tiraden, mit denen er in faschistischer Manier gegen die marxistische Lehre vom Klassenkampf hetzte und die nackte Unterwerfung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen unter die Diktatur der kapitalistischen Ausbeuter propagierte, tobte er: „Die marxistische Lehre ist eine geistige und ungeistige Verirrung."

Die Bourgeoisie nimmt Kurs auf den Faschismus. Davon zeugen nicht nur die Gesetze und Verordnungen der Regierung, mit denen die wenigen noch vorhandenen Freiheiten und Rechte des Volkes weiter abgebaut werden sollen. Davon zeugt auch das Auftreten der CSU mit ihrer immer offeneren faschistischen Hetzpropaganda, davon zeugen die Propaganda die in den Massenmedien für den Hitlerfaschismus betrieben wird und die Aufmärsche der faschistischen Organisationen, die sie, von der Polizei geschützt, abhalten.

Dem Monopolkapital dient die CSU als Kristallisationspunkt reaktionärer und faschistischer Kräfte, die zudem über einen größeren Einfluß als die kleinen und zersplitterten faschistischen Gruppen verfügt. Natürlich sind die anderen bürgerlichen Parteien deshalb nicht etwa besser. Schließlich haben SPD und FDP als Regierungsparteien die Faschisierung in bisher unbekanntem Maß vorangetrieben. Auch sie sind Parteien des Monopolkapitals, die in allem, was sie tun, im Interesse der Ausbeuter und gegen die Interessen der Werktätigen handeln.

Die Antwort der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen darauf muß sein, den Kampf gegen die Faschisierung noch entschiedener zu führen, muß es sein, den faschistischen Provokationen entschlossen entgegenzutreten, von wem sie auch kommen mögen. Dieser Kampf wird sich nicht gegen diese oder jene Partei als das vermeintlich größere Übel richten, sondern gegen die monopolkapitalistische Ausbeuterklasse und ihren Staat. Er wird darauf gerichtet sein, die Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie durch die proletarische Revolution zu vernichten, um die Freiheit der Werktätigen durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu sichern.

Offen gesagt ...

Fälscherlogik der DKP

Das Verbot unserer Partei, des KBW und der GRF will der CDU-Vorstand erreichen. Ausdrücklich ausgenommen in seinem Antrag hat er die revisionistische DKP. Das ist der Judaslohn für den Arbeiterverrat, den diese Partei betrieben hat, seitdem sie mit der Billigung des Bonner Innenministeriums gegründet wurde. Aber die Sache mit der DKP wirft für die Herren einige Probleme auf. Manche CDU-Bosse haben auch schon laut überlegt, daß es im Falle des Verbots ja so aussehen würde, als gebe es böse und gute Kommunisten. Und dann müßte ja jeder denken, die vom Verbot nicht betroffenen wären wohl doch nicht so gefährlich, wie es gerade die CDU gegenüber der DKP immer beteuert hat.

Schließlich hat ja auch die DKP selber ihre angebliche Gefährlichkeit für die Bourgeoisie immer gerne damit begründet, daß dieser oder jener CDU-Politiker sie zur eigentlichen Gefahr für die kapitalistische Ordnung erklärt hätte. Und jetzt will ihr ausgerechnet der CDU-Vorstand die Legalität erhalten. Das ist natürlich ein offensichtlicher Widerspruch, und die Arbeiter, denen sich die DKP immer als Hauptfeind des „Großkapitals und seiner Parteien" präsentiert hat, werden ihre Fragen dazu haben.

Aber was machen jetzt die Revisionisten um aus diesem Dilemma herauszukommen? Sie eröffnen ihr propagandistisches Feuer. Gegen die Antragsteller im CDU-Vorstand? Nein, gegen uns. Keine Spur von Solidarität, kein einziges Wort der Kritik am Verbotsantrag ringen sich diese Leute ab. In einem Kommentar ihrer Zeitung „UZ" versuchen sie dreist, die Sache so hinzubiegen, als richte sich die Verbotsdrohung gegen sie selber. Eingepackt ist diese Unverschämtheit in die übliche Hetze dieser Leute gegen unsere Partei und die revolutionäre Bewegung. Da geifern sie, wir hätten mit dem Sozialismus überhaupt nichts zu tun, würden nicht gegen das Kapital, sondern gegen die Gewerkschaften kämpfen usw.

Das muß man sich einmal vorstellen: Während im CDU-Vorstand unser Verbot betrieben wird, während die Organe des Bonner Staates ihren Terror gegen die revolutionäre Bewegung und die Werktätigen verschärfen, stellen sich diese Leute hin, hetzen im Chor mit der gleichgeschalteten Presse gegen das, was sie in bester Verfassungsschutzmanier die „K-Gruppen" nennen und wollen dann auch noch den Arbeitern einreden, es würde im CDU-Vorstand gar nicht unser Verbot, sondern das der DKP betrieben.

Aber die fortschrittlichen Arbeiter, die jetzt ihre Empörung gegen die Verbotsdrohungen ausdrücken, werden dieser revisionistischen Fälscherlogik nicht folgen. Im Gegenteil, die Tatsache, daß die DKP nicht bereit ist, diesen Angriff der Bourgeoisie zu verurteilen, daß sie auf der Welle der Terroristenhysterie und der Hetze gegen alles, was revolutionär ist mitschwimmt, all das wird noch mehr Kollegen die Augen öffnen über den wirklichen Charakter der DKP als einer Bande von reaktionären Arbeiterfeinden, die für das Linsengericht der bürgerlichen Legalität bereit sind, jeden Verrat an der Arbeiterklasse, an der Revolution zu begehen.

Kurz berichtet

BIELEFELD

In Bielefeld ist die erste Ausgabe der Zeitung der KPD/ML für die Druckbetriebe, „Rotdruck", erschienen. Der Leitartikel der Zeitung ruft die Kollegen zum



Kampf gegen die anstehenden Entlassungen auf, die die Kapitalisten in den Bielefelder Druckbetrieben planen. Wie die Genossen berichten, ist die Zeitung von den Kollegen mit großem Interesse aufgenommen worden.

JEVENSTEDT BEI RENDSBURG

Am 16. September hat in Jevenstedt aus Anlaß der NORLA (Norddeutsche Landwirtschaftsausstellung) eine Veranstaltung der Partei mit dem Thema „Landwirtschaft im Sozialismus" stattgefunden. Zur Vorbereitung der Veranstaltung steckten die Genossen überall im Dorf „Dat Rode Land", die Bauernzeitung der KPD/ML. Auch vor den Toren der NORLA wurde die Zeitung verteilt. Außerdem gelang es den Genossen, im Gemeindeblatt einen Hinweis auf die Veranstaltung unterzubringen. Zu der Veranstaltung selbst waren rund 30 Dorfbewohner erschienen, die mit den Genossen lebhaft über das Thema des Abends diskutierten.

AUS DEM KAMPF GEGEN DEN VERBOTSANTRAG

Als bekannt wurde, daß die CDU das Verbot der KPD/ML und anderer Organisationen beantragen will, hat unsere Partei sofort breit zum Kampf gegen das drohende Verbot aufgerufen. Noch in derselben Woche wurde überall an den Betrieben, in den Wohnvierteln und Innenstädten, an den Schulen und Universitäten ein zentrales Flugblatt unserer Partei verteilt.

Wie die Genossen berichten, ist dieses Flugblatt überall auf großes Interesse gestoßen. Viele Kollegen äußerten spontan ihre Empörung. Bei NSI in Hamburg hatten die Kollegen, nachdem sie von dem Verbotsantrag gehört hatten, schon auf das Flugblatt der Partei gewartet. Einige meinten zu Genossen, daß es bezeichnend ist, wenn jetzt die Rechten gefördert würden, die Linken dagegen verboten. Bei Hoesch in Dortmund holte sich ein reaktionärer Vertrauensmann, der die Kollegen gegen die KPD/ML aufhetzen wollte, eine gehörige Abfuhr (siehe auch Seite 4).

Die Empörung, die bei vielen Werktätigen über den Verbotsantrag der CDU herrscht, kam auch bei den Unterschriftensammlungen gegen den Verbotsantrag zum Ausdruck. So wurden in Westberlin allein an einem Abend in drei Gaststätten insgesamt 80 Unterschriften gesammelt. Bei der Agitation und Propaganda in der Wittener Innenstadt konnten die Genossen bei einer Verteilaktion in kurzer Zeit 30 Unterschriften sammeln.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Die Honecker und Co. planen

Neue Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen in der DDR

Die neue Bourgeoisie der DDR plant verschärfte Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Das geht eindeutig aus der Rede hervor, die SED-Chef Honecker vor kurzem in Dresden anläßlich des Beginns des Parteilehrgang der Revisionisten gehalten hat. Honecker mußte offen eingestehen, daß die Wirtschaft der DDR in großen Schwierigkeiten steckt. Zugleich versuchte er jedoch krampfhaft, die wirklichen Ursachen für die Abwärtsentwicklung der Produktion und die Krisenerscheinungen zu vertuschen. Die Wirtschaftskrise in der DDR ist das Ergebnis der Wiederherstellung des Kapitalismus im Lande. Sie wird verschärft vor allem durch die skrupellose Ausplünderung der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten sowie durch die Politik der Honecker-Clique, den westlichen Monopolen das Land zu öffnen und sich mit Milliardensummen bei den Imperialisten zu verschulden.

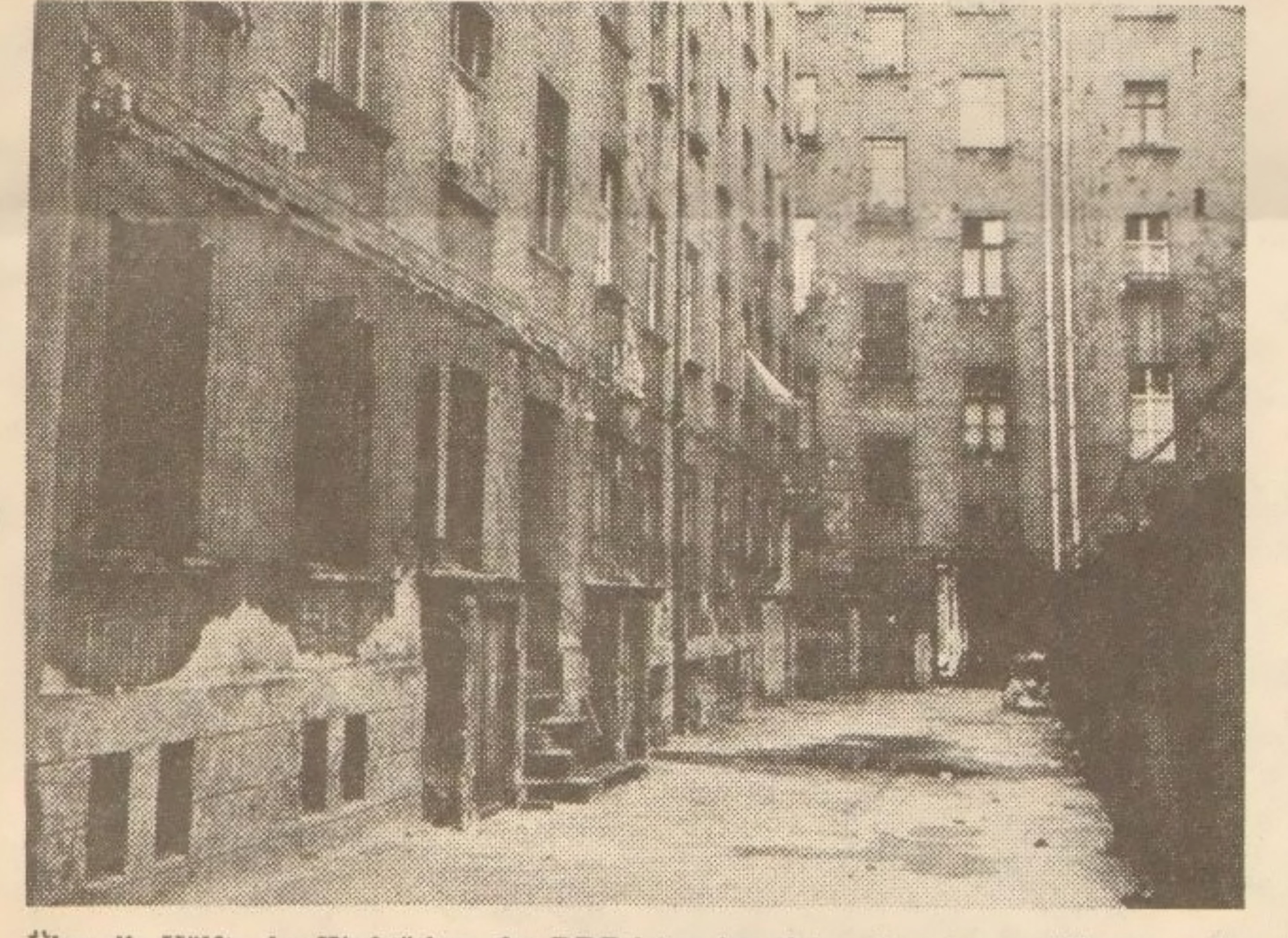
Die „Rezepte" der Honecker-Clique, mit denen angeblich die Krisenerscheinungen beseitigt werden sollen, gleichen daher auch ganz genau den „Rezepten" der Kapitalisten im Westen. Sie bestehen darin, die Krisenlasten noch mehr als bisher auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, die Arbeitshetze zu verstärken, die Rationalisierung voranzutreiben und insgesamt die Ausbeutung zu verschärfen. Darüber kann auch das Gerede vom „Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" nicht hinwegtäuschen. So forderte Honecker in seiner Dresdner Rede etwa „enorme Leistungssteigerungen" und bezeichnete die „umfassende Rationalisierung der Produktion" als vordringliche Aufgabe. Er erklärte sogar: „Wir müssen in mindestens so großem Stil rationalisieren wie die Kapitalisten." Welche Folgen die Wiederherstellung des Kapitalismus für die Werktätigen der DDR hat, wie die neue Bourgeoisie versucht, die Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen und gleichzeitig ihre Profite noch zu steigern, zeigen die beiden folgenden Beiträge.

Wohnungselend für die Werktätigen

Bis 1990 soll angeblich die Wohnungsfrage in der DDR als „soziales Problem" gelöst sein. Mit solchen Sprüchen trat SED-Chef Honecker neulich an die Öffentlichkeit. Ganz abgesehen davon, daß hier die Lösung eines Problems, das den Werktätigen in der DDR auf den Nägeln brennt, in die ferne Zukunft verschoben werden soll, sind solche Phrasen der SED-Revisionisten schon zur Genüge bekannt. Wurde z. B. nicht schon 1963 im Programm der SED versprochen, die Wohnungsfrage sei „in den nächsten Jahren" gelöst? Was solche Versprechungen tatsächlich wert sind, zeigt dagegen die Wirklichkeit.

Im „Neuen Deutschland" und den anderen revisionistischen Blättern wurde in der letzten Zeit viel Aufhebens von der sogenannten „Oktoberinitiative" gemacht. So ist z. B. vorgesehen, „zu Ehren des 60. Jahrestags der Oktoberrevolution" im 9. Stadtbezirk von Ostberlin in angeblich freiwilliger Arbeit die ersten 200 Wohneinheiten fertigzustellen. Was dabei herauskam? Die Wohnblöcke wurden schnell zusammengeschustert mit der schon vorher erklärten Absicht, dort vorerst niemanden einziehen zu lassen. Das wäre wohl auch schwer möglich gewesen ohne sanitäre und elektrische Anlagen, die nicht mitinstalliert wurden.

Um einen Eindruck vom Wohnungsbau der neuen Bourgeoisie zu bekommen, ein Programm, von dem es immer wieder heißt, es zeige das „zutiefst humane und soziale Wesen" der Gesellschaftsordnung der DDR, muß man sich nur einmal die Neubaugebiete in Ostberlin, Halle-Neustadt, Schwerin oder anderswo ansehen. In diesen Betonwüsten gibt es kaum Grünanlagen, Parks oder gastronomische Einrichtungen und außer den Lebensmittelkaufhallen keine anderen Einkaufsmöglichkeiten. Die Häuser stehen auf engem Raum, von Wohnkultur kann da keine Rede sein.



Über die Hälfte der Werktätigen der DDR leben in solchen überalterten Häusern, wie dieser Berliner Mietskaserne.

Die Wohnungen selbst sind im allgemeinen klein und schlecht. Auch die bauliche Qualität läßt sehr zu wünschen übrig. Risse in den Wänden, schlechtgehende Türen, lose Tapeten sind keine Ausnahme. Für die Elektro-, Gas- und Sanitätsinstallationen werden Billigmaterialien verwendet, so daß sie schon nach wenigen Jahren nicht mehr funktionieren. Die staatliche Wohnungsverwaltung aber hat dann natürlich kein Geld und keine freien Kräfte, um die notwendigen Reparaturen durchzuführen. Die Werktätigen sind also oft gezwungen, sich selbst zu helfen und müssen dafür tief in die Tasche greifen, wenn sie überhaupt die erforderlichen Materialien bekommen.

Mit der Altbausanierung sieht es kaum anders aus. Die wenigen Sanierungsgebiete sind oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist bekannt, daß in einigen Altbaugebieten konkrete Zusagen über Abriß oder Sanierung der Gebäude nicht eingehalten werden. Es herrschen oft katastrophale sanitäre Bedingungen. Nur eine Toilette für sechs Mietparteien, abgebröckelter Putz und abgefallene Decken sind keine Seltenheit. In manchen Gebieten, besonders in den Stadtzentren der Kleinstädte, werden nur die Fassaden renoviert, in den Wohnungen bleibt dagegen alles beim alten. Für die neue Bourgeoisie und ihre Lakaien in den Luxusvillen der Randgebiete der Großstädte sieht natürlich alles anders aus. Für sie ist das Wohnungsproblem schon längst gelöst.

Auf Staatskosten, durch Schiebereien oder Betrug haben sie sich ihre Häuser verschafft. Für gesellschaftliche Zwecke vorgesehene Baumaterialien werden für sie großzügig „umgeleitet", wie es so schön heißt. Einer der Chefpropagandisten der Revisionisten, Karl-Eduard von Schnitzler, konnte sich auf diese Weise ein ehemaliges Herrenhaus „erwerben". Wenn man diese Traumvilla sieht, fragt man sich, wie es wohl erst in Wandlitz aussehen mag. Wandlitz ist das Regierungsviertel von Ostberlin, wo die Spitzenfunktionäre der SED wohnen und in das ein normaler Sterblicher aus der DDR überhaupt nicht hineinkommt. Nicht umsonst ist dieses Gebiet mit Stacheldraht hermetisch abgeriegelt.

Mittlere Parteibonzen der revisionistischen SED, die nicht in Wandlitz wohnen, haben neben ihren mit Ölheizung und Sauna ausgestatteten Villen oft noch eine komfortable Zweitwohnung, die als „Arbeitswohnung" getarnt ist, auch wenn sie diese kaum benutzen. Beschwerden bei der staatlichen Wohnungsverwaltung über diese Zustände sind fruchtlos.

Wie leben dagegen viele Werktätige in der DDR?

Es gibt z. B. Familien, die mit zwei Kindern in einem Zimmer hausen und nicht einmal Aussicht auf eine größere Wohnung haben. Die Kinder sind unter solchen Umständen oft nervös, werden zu Bettnässern und leiden an Dauerbronchitis. Die Fürsorge hat in solchen Fällen die offizielle Anweisung, nichts zu unternehmen, weil eine Unterstützung ineffektiv und eine Verbesserung sowieso nicht möglich sei.

Andererseits sieht man, wie in den Städten z. B. die Prunkbauten für den FDGB in den Himmel wachsen. Sage und schreibe 30 Residenzen für leitende Mitarbieter der sozialfaschistischen Gewerkschaft werden zur Zeit gebaut. Kostenpunkt pro Residenz: eine halbe Million Mark. Mit diesen Mitteln wäre einigen der über 50.000 Wohnungssuchenden allein in Ostberlin schon geholfen.

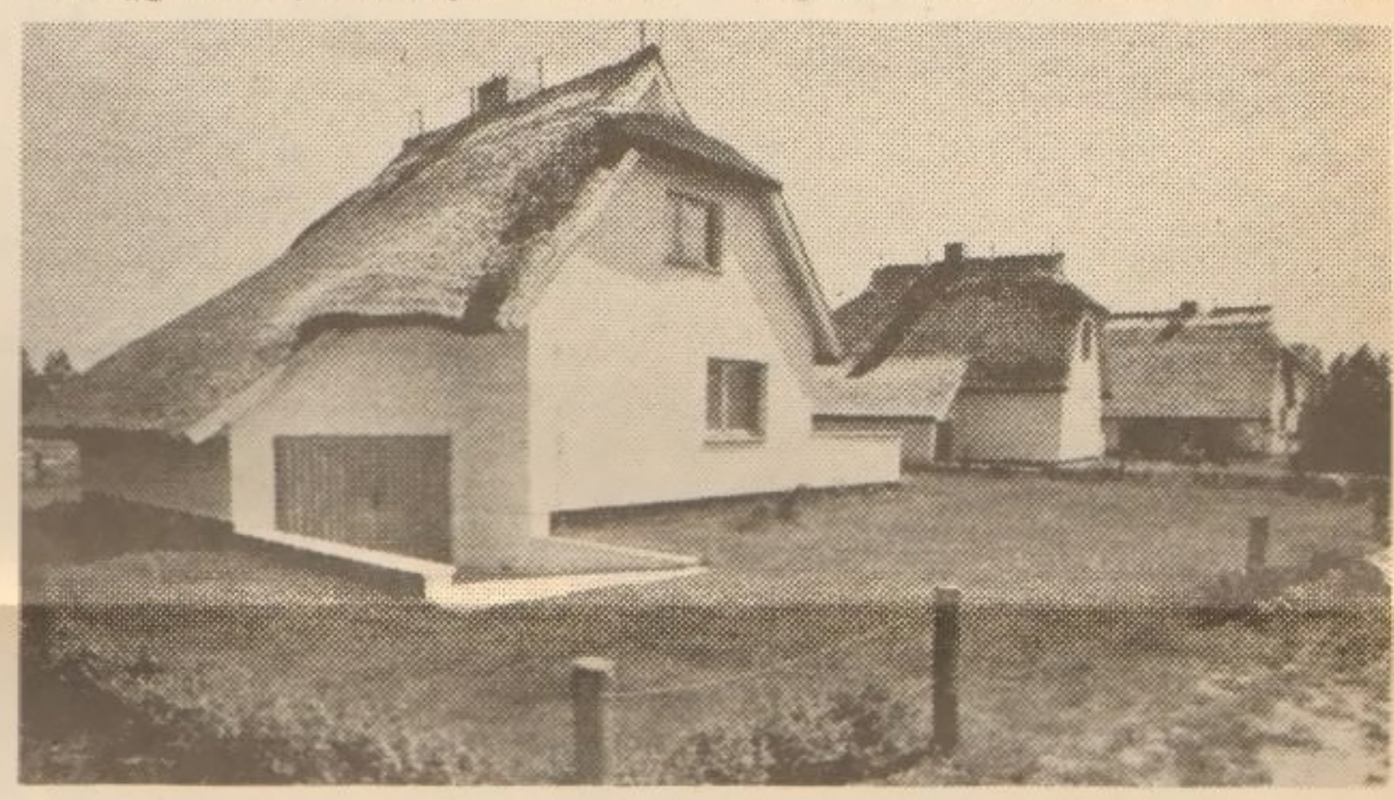
Aber nicht genug damit, daß die Bonzen und ihre Mitläufer Villen und Zweitwohnungen besitzen. Sie lassen sich außerdem noch Häuschen in den schönsten Gegenden der DDR bauen. So hat sich z. B. der stellvertretende Minister für Bauwesen ein solches Haus am Werbelinsee bauen lassen. Diese Gegend war eigentlich für den Grundstücksverkauf nicht zugelassen, aber das hat diesen angeblichen Vertreter der Arbeiterklasse natürlich nicht gestört. Er hat es dabei sogar noch fertiggebracht, örtliche Baukapazitäten, die für andere Zwecke dringend gebraucht worden wären, zu binden.

Am schlimmsten sind diejenigen dran, die eine Wohnung suchen und auf die Wohnungsämter angewiesen sind, die den vorhandenen Wohnraum „gerecht", wie es zynisch heißt, aufteilen. Auf den Wohnungsämtern sind Schiebereien, Bestechung und Korruption auf der Tagesordnung. Mit 1.000 Mark und mehr hat sich schon mancher seine Wohnung „erkauft". Diejenigen Werktätigen, die sich auf solche Methoden entweder nicht einlassen wollen oder nicht über die notwendigen Mittel verfügen, müssen sich dann nach 2-3stündiger Wartezeit auch noch Unverschämtheiten und Gemeinheiten gefallenlassen. Antworten wie: „Wenn Sie bis jetzt ohne Bad ausgekommen sind, wird es ja auch so weitergehen" oder: „Mit Komfortverbesserungen brauchen Sie in den kommenden Jahren sowieso nicht zu rechnen" oder, noch unverschämter: „Wozu müssen Sie eigentlich mit Ihrer Frau zusammenwohnen" sind keine Seltenheit.

Natürlich werden auch in der DDR eine ganze Zahl von Wohnungen gebaut, aber eben nicht genug. Und die, die gebaut werden, werden dazu noch in großer Zahl „bevorzugten" Personen, wie z. B. den Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes oder der Armee zugewiesen. Viele Werktätige müssen aus diesen Gründen jahrelang auf eine Wohnung warten.

Milliarden von Mark steckt die neue Bourgeoisie außerdem in solche Prunkgebäude wie den Palast der Republik und die teuren Luxushotels, die überall in der DDR entstanden sind. Bei der baulichen Erschließung des Geländes für diese Parasitenbauten wurden außerdem rücksichtslos noch guterhaltene und bewohnbare Häuser abgerissen.

Die Honecker-Clique kann den Klassenunterschied zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf dem Gebiet des Wohnungswesens nicht vertuschen. Im Gegenteil, die Tatsachen zeigen, daß er sich immer mehr herausbildet und vertieft. Denn nicht die Bedürfnisse der Arbeiter und Werktätigen der DDR sondern einzig und allein die Interessen der Revisionisten, der neuen Bourgeoisie, sind ausschlaggebend für das Wohnungsbauprogramm.



Die neue Bourgeoisie der DDR muß neben ihren Dienstvillen auch auf eigene Ferienhäuser nicht verzichten. (70.000 bis 100.000 Mark kosten diese Ferienhäuser am „Prominenten"strand bei Wustrow.)

Einführung der neuen Grundlöhne

Verschärfte Arbeitshetze und Ausbeutung

Die Honecker-Clique plant jetzt in der DDR die Einführung neuer Grundlöhne. Verkauft wird diese Maßnahme als bedeutende „sozialpolitische Maßnahme". Die Arbeiterklasse der DDR hat allerdings ihre Erfahrungen mit solchen „Maßnahmen". Sie weiß, daß Änderungen der Lohnformen, der Normen, der Arbeitsorganisation bisher immer nur dazu gedient haben, sie noch mehr anzutreiben und auszupressen. Das ist auch diesmal nicht anders.

Mit der Einführung der neuen Grundlöhne sollen überall dort, wo nicht schon jetzt die maximale Drehzahl der Maschinen erreicht ist, von heute auf morgen extreme Normerhöhungen durchgeführt werden. Von dieser Grundlage aus sollen die neuen Löhne berechnet werden. Eine 100%ige Normerfüllung soll in Zukunft nur bei vollster Ausnutzung der Arbeitszeit und extremster Anspannung erreicht werden können. Die kapitalistischen Antreiber in der DDR haben sogar offen erklärt, die Normen würden künftig so hoch angesetzt, daß es Arbeiter geben wird, die die Norm „zeitweilig" nicht erfüllen können. Wie die westlichen Kapitalisten versucht die neue Bourgeoisie mit solchen Methoden die Solidarität der Arbeiter untereinander zu zerstören, indem die leistungsschwächeren Arbeiter mehr noch als bisher zu „schwarzen Schafen" abgestempelt werden. Gleichzeitig versucht die neue Bourgeoisie so, diese Kollegen entweder dazu zu zwingen, sich eine schlechter bezahlte Arbeit zu suchen oder ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit das letzte aus sich herauszuholen.

Außerdem wurde den Arbeitern bereits unverblümt erklärt, daß die Normerhöhungen bei der Einführung der neuen Grundlöhne keine einmalige Sache sind. In Zukunft sollen die Normen in kürzeren Abständen als bisher den, wie es heißt, „veränderten Bedingungen angepaßt werden". Jede technische Veränderung, jede Verbesserung der Organisation der Arbeit soll künftig unmittelbar in Normerhöhungen umgesetzt werden. Mit anderen Worten, es wird eine geringfügige technische Veränderung vorgenommen, der „Normer", d. h., der Zeitnehmer wird bestellt und die Norm unverhältnismäßig heraufgesetzt. Die neue Bourgeoisie will sogar die „wachsende Arbeitserfahrung" zu Normerhöhungen ausnutzen. Praktisch bedeutet das, daß immer dann, wenn ein Kollege es gerade geschafft hat, sie 100%ig zu erfüllen, die Norm heraufgesetzt wird.

All dies sind typisch kapitalistische Methoden der Schweißauspressung, wie sie in einem sozialistischen Land unmöglich wären.

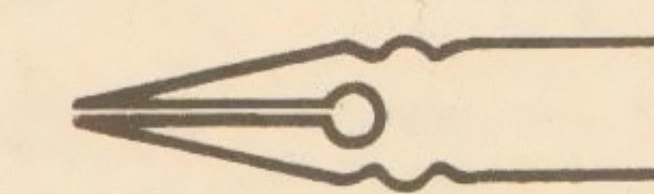
Methoden, die nur möglich sind, weil in der DDR nicht mehr die Diktatur des Proletariats existiert, sondern die Diktatur einer kapitalistischen Ausbeuterklasse über die breiten werktätigen Massen. Vom Herren des Landes wurde die Arbeiterklasse der DDR zu einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse. Werden die Kollegen in den Betrieben immer mehr zum bloßen Anhängsel der Maschinen, die Arbeit immer eintöniger, geistloser und unerträglicher.

Die Neufestsetzung der Grundlöhne wird unter diesen Bedingungen keineswegs zu einer echten Lohnerhöhung führen. Es ist nichts anderes als Lohnraub, wenn die Arbeiter in der DDR für dasselbe Geld immer mehr schuften müssen und, wenn sie ein paar Pfennige mehr verdienen wollen, die letzten Reserven aus sich herauszuholen gezwungen sind.

Wie man sieht, stehen die neuen Ausbeuter im sozialistischen Gewand in den Methoden der Arbeitsintensivierung, der Verschärfung der Arbeitshetze und der Lohndrückung in keiner Weise den westlichen Ausbeutern nach. Auch sie kalkulieren nur noch nach dem Profitprinzip. Jede Leistungssteigerung bedeutet hier eine Verschärfung der Ausbeutung.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT





Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

„Wenn sie die Kommunisten verbieten, dann ziehen sie uns noch mehr das Fell über die Ohren."

Am Tag nach dem Beschluß des CDU-Bundesvorstands, einen Antrag auf Verbot der Partei zu stellen, saßen wir in der Kaffeepause zusammen. Die Kollegen hatten fast alle schon die „Stählerne Faust" gelesen, die morgens verteilt worden war. Alle waren empört, daß die IGM-Bonzen für uns Stahlarbeiter die stahltypischen Zuschläge nicht gekündigt hatten und uns in der Tarifrunde mit 4% abspeisen wollen. Deshalb fand die Betriebszeitung auch viel Unterstützung bei den Kollegen.

Ein reaktionärer Vertrauensmann fing nun lautstark an zu tönen, daß man die KPD/ML jetzt ja verbieten wolle und das sei völlig richtig. Gleichzeitig wollte er die Partei mit der RAF auf eine Stufe stellen.

Ich selbst hatte noch gar nichts dazu gesagt, als die Kollegen ihm schon Kontra gaben. „Was hat das mit Demokratie zu tun, die Kommunisten muß es doch auch geben", sagt einer.

Ein anderer Kollege baute sich vor dem V-Mann auf und schrie ihn an: „Was fällt dir eigentlich ein, weißt du, was passiert, wenn sie die Kommunisten verbieten? Dann kannst du Samstag hier wieder malochen kommen für nen Appel und ein Ei. Wenn es die nicht geben würde, dann würden uns die Kapitalisten noch mehr das Fell über die Ohren ziehen."

Dies kleine Beispiel zeigt, daß schon viele Kollegen erkennen: Ein Angriff gegen die KPD/ML, ein Verbot, richtet sich gegen alle Arbeiter und muß deshalb entschieden bekämpft werden.

Ein Genosse von Hoesch Dortmund

„Da kann ja Sprengstoff drin sein!"

Ein Kollege von mir fuhr an dem Wochenende, wo die Demonstration in Kalkar war, ins Grüne. Mit seiner Familie saß er in einem Linienbus in Richtung Hohenlimburg, was von Dortmund aus gesehen, genau in der entgegengesetzten Richtung von Kalkar liegt. Empört hatte er schon am Dortmunder Hauptbahnhof die Polizei mit ihren Maschinenpistolen gesehen. An einer Haltestelle stiegen plötzlich zwei Zivilbeamte ein und begannen, alle Insassen des Busses zu kontrollieren. Sie wühlten sämtliche Taschen durch. Der Kollege hatte einen kleinen Schoppen für unterwegs dabei, der noch zu war. Der Bulle öffnete die Flasche und roch daran. Auf die Frage, was das soll, antwortete er: „Da kann ja flüssiger Sprengstoff drin sein." Genauso intensiv untersuchte er übrigens auch die Cola-Büchse von seiner Tochter. Die Insassen des Busses waren empört, zumal offensichtlich war, daß die Kontrolle reine Einschüchterung war, denn der Bus fuhr genau in die entgegengesetzte Richtung von Kalkar.

Ein Genosse von Hoesch-Dortmund

„Arbeitsverweigerung"

Wegen ständigem Personalmangel (zu wenig Ersatzpersonal gerade in der Urlaubszeit) werden unsere Druckmaschinen immer wieder mit zwei statt drei Mann Besetzung gefahren. Kürzlich wehrte sich ein Kollege dagegen, indem er sich weigerte, die Arbeit des dritten Mannes mitzumachen. Daraufhin wurde er auf der Stelle wegen Arbeitsverweigerung fristlos entlassen.

Obwohl es um eine Frage ging, die alle Kollegen betraf, weigerte sich die Gewerkschaft, Rechtsauskunft zu gewähren: denn erstens sei der Kollege nicht Gewerkschaftsmitglied und zweitens sei der neue Manteltarif, der die Maschinenbesetzung genauer regelt, noch nicht abgeschlossen (obwohl er seit einem halben Jahr auf dem Tisch liegt).

Es gelang in diesem Fall zwar noch nicht, die Entlassung durch die Solidarität der Belegschaft zu verhindern, aber immer mehr Kollegen beantworten die Unterbesetzung von Maschinen mit Überstundenverweigerung.

Lebensgefährlich

Letzte Woche entzündete sich in unserer Druckerei an einer Offset-Maschine ein Bogen Papier. Durch das beherzte Eingreifen von Kollegen konnte das Feuer zwar schnell gelöscht werden, aber die Brandgefahr besteht unvermindert weiter: An der Maschine wurde ein Infrarot-Trocknung eingebaut, die bei jedem Stopper, bei dem die Bogen in der Maschine bleiben, zu einem neuen Brand führen kann.

Die Besatzung war auf diese Gefahr nicht hingewiesen worden. Daß ein solches „Feuerchen" nicht immer harmlos ist, wie es von der Geschäftsleitung dargestellt wird, zeigt der Unfall in einer anderen Stuttgarter Druckerei, bei dem ein Kollegen lebensgefährlich und ein anderer leicht verletzt wurde. Auch dort war Papier durch eine Infrarot- oder UV-Trocknung in Brand geraten, aber offensichtlich auch das in einer Druckerei überall herumstehende Waschmittel oder Öl entzündet worden. Aber die Kapitalisten nehmen für den Vorteil der schnellen Trocknung solche Lebensgefahr für die Kollegen bewußt in Kauf, im Zweifelsfall ist so etwas „branchenübliches Berufsrisiko"!

„Gerechtigkeit"

Durch die jahrelange Schwerstarbeit als Apparateführer (täglich mehrere Tonnen Papier mit der Hand umstapeln) hatte sich ein Kollege sein Rückgrat so kaputt gemacht, daß er länger krank sein mußte. Obwohl ihn sein Hausarzt weiter krankgeschrieben hatte und er nicht informiert wurde, hat ihn der „Vertrauensarzt" wieder arbeitsfähig geschrieben. Als er zu diesem Termin nicht die Arbeit antrat, wurde er wegen „unentschuldigtem Fehlen" gekündigt.

Den Arbeitsgerichtsprozeß zu dieser Kündigung gewann der Kollege jedoch. Aber: Die Firma hatte noch eine zweite „ersatzweise" Kündigung ausgesprochen. Der Kollege hatte ein Attest vorgelegt, daß er leichtere Arbeit, z. B. als Bogenfänger brauche. Die Firma behauptet jedoch, eine solche Arbeit gebe es bei ihr nicht, obwohl in der Zwischenzeit verschiedene Kollegen für diese Arbeit neu eingestellt worden waren und außerdem der gekündigte Kollege die ganze Zeit nur als Bogenfänger bezahlt worden war!

Also, ein klarer Fall, daß auch die zweite Kündigung ungerechtfertigt ist, sollte man meinen. Aber der Kollege hatte nicht gewußt, daß gegen die „Ersatzkündigung" noch einmal eine Extra-Klage notwendig ist und so den Termin versäumt und den Prozeß verloren. Auch dieser Kollege hat erfahren, daß die Kommunisten diesen Staat zurecht als Diktatur der Kapitalisten bezeichnen.

Rot Front! Genossen aus Stuttgart

KWU-Turbinenfabrik Westberlin

500 marschieren zum Betriebsratsbüro

Am 19. September marschierten in der KWU-Turbinenfabrik in Westberlin über 500 Kollegen während der Arbeitszeit durch die Hallen zum Betriebsratsbüro. Was war geschehen? Knapp drei Monate vorher hatten die KWU-Kapitalisten (Siemens) drei Betriebsvereinbarungen gekündigt in der Absicht, durch Streichung von Leistungszulagen und Sonderzulagen, der Belegschaft einige Hunderttausend Mark Lohngelder pro Jahr zu rauben.

Erst eine Woche später auf der Betriebsversammlung wurde die Belegschaft vom Betriebsrat über diesen Angriff auf ihren Lohn informiert. Gleichzeitig versuchte der Betriebsrat, die Sache zu verharmlosen und die Kollegen mit Sprüchen einzulullen wie: Man werde alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, und der Betriebsrat sei nicht bereit über Lohnkürzungen zu verhandeln. Letzteres erwies sich später als Lüge.

Unter den Kollegen war die Empörung über den geplanten Lohnraub groß. Für die Mehrzahl würde die Streichung der Zulagen bedeuten, daß sie einen Monatslohn weniger im Jahr hätten. Auf einer Abteilungsversammlung forderten die Zeitlöhner durch Unterschriften eine gemeinsame Versammlung der Zeitlöhner des ganzen Werks (zunächst war angenommen worden, nur den Zeitlöhnern sollten die Zulagen gestrichen werden).

Die Betriebszeitung unserer Partei „Rote Turbine" rief zum Kampf gegen den geplanten Lohnraub auf. Im Betrieb tauchten überall Kleber auf mit der Parole: „Verhindert die Lohnkürzung bei den Zeitlöhnern!" Manche von diesen Klebern hingen mehrere Wochen.

Inzwischen wurde bekannt, daß der Betriebsrat gelogen hatte, als er tönte: „Wir verhandeln nicht über Lohnkürzungen." Er führte doch Verhandlungen darüber. Dennoch erhofften sich in dieser Phase noch viele Kollegen die entscheidenden Schritte gegen den Angriff der Kapitalisten vom Betriebsrat. Aber als klar wurde, daß nichts zur Einberufung der geforderten Zeitlöhnerversammlung unternommen wurde und daß der Betriebsrat versuchte, diese Versammlung auf Anfang Oktober hinauszuschieben, wuchs das Mißtrauen.

Dann wurde auf einer Vertrauensleutesitzung bekannt, daß die Geschäftsleitung es ablehnte, für die Versammlung die Kantinenräume nach Feierabend zur Verfügung zu stellen. Die Empörung war groß. Der Vorschlag: „Dann treffen wir uns eben alle zur Frühstückspause in der Kantine!" wurde von den Kollegen sofort aufgegriffen. Innerhalb von zwei Stunden war die Parole „Montag viertel vor neun Kantine" im ganzen Betrieb verbreitet.

Am Wochenende davor kam die Betriebszelle unserer Partei an eine Kopie von einer der gekündigten Vereinbarungen heran, nachdem in den Wochen zuvor verschiedenen Kollegen die Einsicht in die Betriebsvereinbarungen verwehrt worden war. Aus dem Dokument ging klar hervor, daß auch die Zulagen für Leistungslöhner und Monteure gekündigt sind. Der Betriebsrat hatte den Kollegen dies verschwiegen. Ein Extrablatt der „Roten Turbine" klärte die Kollegen am Montagmorgen auf.

Zu der anberaumten Versammlung in der Kantine rückten verschiedene Abteilungen geschlossen an. In wenigen Minuten waren einige Hundert Kollegen versammelt. Auf Verlangen der Versammlung las ein Betriebsrat die wichtigsten Stellen aus der Vereinbarung vor und bestätigte somit die Behauptungen der „Roten Turbine". Zwei Kollegen wurden nun zum Betriebsratsbüro geschickt um die übrigen Betriebsräte zu holen. Diese jedoch weigerten sich. Auch der Vertrauensleutevorsitzende kam nicht. Von ihm ging das Gerücht herum, er habe sich am hinteren Tor beim Pförtner versteckt.

Auf der Versammlung wurde die Forderung nach sofortiger und vollständiger Rücknahme der Kündigung der Betriebsvereinbarung bekräftigt. Auch den türkischen Kollegen wurde durch Dolmetscher erklärt, worum es geht. Die Pausenzeit war inzwischen längst verstrichen, aber nur ganz wenige Kollegen gingen wieder an die Arbeit. Als der Vertrauensleutevorsitzende schließlich doch noch erschien, wurde er ausgebuht und machte eine klägliche Figur. Ein Kollege forderte dann eine außerordentliche Belegschaftsversammlung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Verhinderung der Lohnkürzung". Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Nun wollten die Kollegen die Stellungnahme des Betriebsrats zu ihren Forderungen einholen. „Wenn die nicht zu uns kommen, gehen wir doch zu ihnen!" rief ein Kollege aus. „Richtig, auf zum Betriebsrat!" kam die Antwort aus allen Ecken. Und schon verließen die ersten Kollegen die Halle.

Da, wo bis dahin noch gearbeitet wurde, legten die Kollegen jetzt die Arbeit nieder und schlossen sich dem Zug an. Ohne Hast verließ der Zug die alte Halle und überquerte den Hof zur neuen Halle. Auch hier das gleiche Bild: Streik! Freude und das Gefühl der eigenen Kraft bei den Kollegen.

Als der Zug vor dem Betriebsratsbüro hielt, mußten die Betriebsräte doch ihren Hintern aus dem Sessel heben. Einer der Betriebsräte verkroch sich nun ängstlich hinter Kollegen. Eine Betriebsrätin sagte: „Das ist der denkbar ungünstigste Zeitpunkt!" Buhrufe. Sie deutete an: Die Kollegen seien wohl „von den Roten aufgehetzt." Wieder Buhrufe. Sie versuchte dann unter Vorwänden die Forderung nach außerordentlicher Belegschaftsversammlung abzublocken. Kurzerhand beschlossen die Kollegen dann, für die Belegschaftsversammlung Unterschriften zu sammeln. Bis Feierabend waren 744 Unterschriften gesammelt, viel mehr als notwendig.

Trotzdem lehnte der Betriebsrat auf einer Sondersitzung die Forderung ab und war lediglich bereit, die reguläre Betriebsversammlung vorzuverlegen. Zu dieser Versammlung kamen so viele Kollegen wie schon lange nicht mehr. Eine ganze Reihe von Kollegen prangerten die Manöver des Betriebsrats an. Sie erhielten viel Beifall. Die Betriebsräte versuchten nach wie vor, den Kollegen über die geplante Lohnkürzung Sand in die Augen zu streuen. Sie behaupteten, die Kollegen hätten aus dem und dem Grund gar keinen Verlust. Aber die meisten durchschauten diese Lügen. Als mit Geschäftsordnungstricks die Diskussion abgewürgt wurde, gab es ein Pfeifkonzert. Die Kollegen sind weiterhin kampfbereit. Sie bestehen auf ihrer Forderung, daß die Kündigung zurückgenommen wird.

Leserumfrage der IGM-Zeitung "Metall"

"Zum Einschlafen lahm"

Wußten Sie schon, daß dreizehn von hundert IGM-Mitgliedern und neun von hundert IGM-Funktionären von der Existenz der Zeitung der IG Metall „Metall" überhaupt nichts wissen? Daß dreißig von hundert Mitgliedern und sechsundzwanzig von hundert Funktionären „ihre" Zeitung niemals lesen?

Das ist keine böswillige Verleumdung irgendwelcher dem IGM-Apparat schlecht gesonnener „Hetzer". Das geht aus einer Untersuchung des „Instituts für angewandte Sozialwissenschaften" („infas") hervor, die von „Metall" selbst in Auftrag gegeben wurde und über deren Ergebnisse sie in ihrer letzten Ausgabe (vom 19. September) berichtet.

Aus der Untersuchung ergibt sich ferner, daß „Metall" von fast 70 Prozent der Mitglieder und von mehr als der Hälfte der Funktionäre nur hin und wieder gelesen wird.

Peinlich berührt darüber, zugeben zu müssen, daß neun von 100 Funktionären noch nicht einmal um die Existenz von „Metall" wissen, versichert die Zeitung mit drohendem Unterton: „Wir werden den Vertriebsweg der Zeitung, die direkt an die Betriebe geht, genauestens durchleuchten müssen."

Allerdings: Eines ist „Metall" offenkundig absolut nicht gewillt zu durchleuchten. Die wesentlichen Gründe nämlich für die durch die Untersuchung bloßgelegte Gleichgültigkeit oder Ablehnung unter einem Großteil der IGM-Mitglieder gegenüber der Zeitung. Die Erklärungen, die die „Metall"-Redakteure in ihrem Bericht selbst auftischen, sind — mit gutem Grund (!) — nicht nur fadenscheinig und teilweise läppisch, sondern auch unverschämt gegenüber den IGM-Mitgliedern. Da ist die Rede davon, daß sich die IGM-Mitglieder „wie andere Gesellschaftsgruppen auch auf dem Marsch in größere Privatheit und Freiheit- oder Unterhaltungsorientierung" befänden. Zur Bestärkung dieser „Erklärung" wird angeführt, heute würden gegenüber 1970 mehr IGM-Mitglieder die „Bild"-Zeitung lesen (1970 war die letzte derartige Untersuchung über „Metall" angestellt worden und die Ergebnisse haben sich inzwischen für „Metall" verschlechtert).

Hier wird von „Metall" der Versuch gemacht, die breiten Massen der Arbeiterschaft als zunehmend rückständig, stumpfsinnig und politisch desinteressiert zu verleumden. Diese unverfrorene Methode kennen wir allerdings aus Diskussionen in den Betrieben, wo Vertreter des Gewerkschaftsapparates und DKP-Revisionisten die Sabotage und Abwiegelei des Gewerkschaftsapparates an den Kämpfen der Arbeiter zynisch den Kollegen selbst in die Schuhe zu schieben versuchen, indem sie frech lügen: Die Kollegen wollten ja gar nicht, daß für ihre Forderungen gekämpft wird.

Der Kern der Sache, den „Metall" zu vertuschen bemüht ist, wird schon eher erkennbar, wenn in dem Bericht zugegeben wird, daß laut „infas"-Untersuchung nahezu die Hälfte der „Metall"-Leser der Meinung sind, Sprache und Stil mancher Beiträge seien „so lahm, daß man dabei einschlafen könne", wenn weiterhin laut Untersuchung lediglich ein knappes Drittel der Charakterisierung von „aggressiv und herausfordernd" als Eigenschaften von „Metall" zustimmen.

Nicht die angebliche Rückständigkeit der IGM-Mitglieder ist der Grund für mangelndes Interesse an „Metall", sondern genau umgekehrt: Viele Kollegen vermissen in „Metall" das Klassenkämpferische, die scharfen Angriffe gegen die Kapitalisten und diesen Ausbeuterstaat, das kompromißlose Vertreten der Interessen der Arbeiterklasse. Und ein Teil der Kollegen begreift auch schon den tieferen Grund für das Fehlen dieser Attribute: „Metall" propagiert ja nichts anderes, als die Politik des arbeiterfeindlichen IGM-Apparats, seine reaktionäre Sozialpartnerschaftskumpanei, mit der man die Arbeitermassen vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten versucht und den Angriffen der Kapitalisten auf hinterhältige Weise den Weg bereitet.

Die Tatsache, daß sogar unter den Funktionären die Quote der regelmäßigen Leser so niedrig ist, macht deutlich, daß selbst ein Teil des Funktionärskörpers nicht hinter dem reaktionären Apparat steht, sondern unzufrieden mit ihm ist. Dies bestätigt sich auch dadurch, daß die Zahlen bei dem IGM-Funktionärsorgan „Der Gewerkschafter", der nur per Abonnement ins Haus geliefert wird, keineswegs besser aussehen. Obwohl die meisten Bezieher hier Funktionäre sein dürften, wird „Der Gewerkschafter" von 34 Prozent der Bezieher ungelesen beiseite gelegt.

„Metall" führt als Hauptpunkt für die negative Leserhaltung die „zu wenig attraktive und anziehende Aufmachung" der Zeitung an. Das ist läppisch. Und, daß „Metall" verspricht, hier „schnell Abhilfe zu schaffen": Zum Jahresende würden neue Druckverfahren und entsprechende neue Maschinen herangezogen, was „viele Millionen Mark an neuen Investitionen" kostet. Was anderes bedeutet dies denn, daß mit unseren Gewerkschaftsbeiträgen (die ja weiter erhöht werden sollen), die reaktionäre Politik der Klassenzusammenarbeit und des Arbeiterverrats wirkungsvoller als „Arbeiterpolitik" verkauft werden soll?

Stahltarifrunde

Kampf dem 4%-Lohndiktat!

Fortsetzung von Seite 1

die Normalschichtler gegeneinander ausgespielt werden.

Und vor einigen Wochen kam ein weiterer Schritt zur Einfädelung des Verrats. Die sogenannte „Rhein-Ruhr-Kommission der IG Metall" trat zusammen. In ihr tummeln sich die „Arbeitnehmervertreter" der IGM, die als Mitbestimmer in den Aufsichtsräten sitzen, und die Betriebsratsvorsitzenden der Hüttenwerke. Dort wurde beschlossen, daß eine Forderung von 6% aufgestellt und ein Tarifabschluß von 4% in die Wege geleitet werden soll. Das ist eine unerhörte Provokation. Der IGM-Apparat hat damit Kurs darauf genommen, den Stahlwerkern die Lohnleitlinie aufzuzwingen, die von den Kapitalisten und der Bonner Regierung vereinbart worden ist.

Und vor wenigen Tagen trat nun die IGM-Tarifkommission zum zweiten Mal zusammen. Es wurde absichtlich die Frage der Höhe der Lohn- und Gehaltsforderung ausgeklammert, damit der IGM-Apparat nicht sofort auf geballte Empörung und Widerstand in den Belegschaften stößt. Zur Frage der stahltypischen Zuschläge wurde endgültig der Beschluß gefaßt, diese *nicht* zu kündigen. Mit einem Wort: Die Vorarbeit zur Abwürgung der berechtigten Forderungen der Stahlwerker wurde weiter vorangetrieben.

Jetzt ist es an den unteren Vertretern und Handlangern des Gewerkschaftsapparats, die Dreckarbeit in den Betrieben zu leisten: Mit Spaltungsmanövern, Lügen und Demagogie sollen sie die Kollegen zur Kapitulation vor den Kapitalisten und zur Hinnahme des Verrats an ihren Forderungen bewegen. Inwiefern sie **allerdings Erfolg dabei haben, ist noch eine andere Frage. Schon haben sich revolutionäre und klassenbewußte Kollegen in verschiedenen Hüttenwerken zusammengesetzt, fest entschlossen, alles zu tun, um auf eine möglichst starke einheitliche Front gegen die Kapitalisten und den IGM-Apparat hinzuarbeiten mit dem Ziel, das vorprogrammierte 4%-Lohndiktat zu brechen. Und schon zeigt sich auch breite Empörung, und der erste Widerstand unter den Belegschaften regt sich.**

Klöckner-Kollegen: 200,00 DM gefordert

So stellten sich bei Klöckner in Bremen fast alle Kollegen einer Abteilung des Warmwalzwerks 2 und eine ganze Schicht am Hochofen hinter eine Resolution, in der die einheitliche Erhöhung der Löhne und Gehälter um 200,00 DM und eine kräftige Erhöhung der stahltypischen Zuschläge gefordert werden. Bei Hoesch in Dortmund protestierten auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung zahlreiche Vertrauensleute unter dem Druck der Kollegen in den Abteilungen gegen die Weigerung des IGM-Apparats, die stahltypischen Zuschläge zu kündigen.

An diesem Punkt springen nun die revisionistischen DKP-Gewerkschaftsfunktionäre und andere scheinlinke Demagogen in die Bresche. Auf Vertrauensleuteversammlungen, wo sie oft sehr starke Positionen haben, lassen sie relativ hohe Forderungen (im Verhältnis zu jener Forderung, die dann später von der Tarifkommission beschlossen wird) verabschieden. Aber nur aus dem einen Grund, um für den Druck von unten erst einmal ein Ventil zu schaffen und um die Illusion zu erzeugen, daß Teile des Gewerkschaftsapparats doch noch von den Interessen der Kollegen ausgehen. Gleichzeitig rufen diese hinterhältigen Arbeiterverräter dann jedoch immer dazu auf, „unserer Gewerkschaft den Rücken zu stärken", diffamieren sie die wirklich klassenkämpferische und revolutionäre Opposition, die sich gegen den Verrat der Bonzen bildet, als „spalterisch" und „gewerkschaftsfeindlich". So haben sie jetzt bei Klöckner auf der Vertrauensleutevollversammlung einerseits zehn Prozent, mindestens 136,00 DM mehr Lohn- und Gehalt verabschieden lassen, gleichzeitig haben sie aber die oben erwähnte Resolution für einheitlich 200,00 DM niedergebügelt.

> **Was will die Revolutionäre Gewerkschafts Opposition ?**
>
> zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 500568. Preis: DM 0,50.
>
> „Was will die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition?" Die Broschüre erklärt in leicht verständlicher Form, warum der Aufbau der RGO für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin eine dringende Notwendigkeit ist. Sie erläutert den Kerngedanken der RGO: die Schmiedung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten und die kapitalistische Ausbeutung, gegen den DGB-Apparat und alle anderen Verräter in den eigenen Reihen.

DKP wiegelt ab

Sie arbeiten heimtückisch auf die Desorganisierung und Spaltung der selbständigen Kampffront der Arbeiter hin, auf die Zersetzung ihres Widerstandes gegen das Lohndiktat, das hinter den Kulissen zwischen den Konzernherren und der Gewerkschaftsführung längst festgelegt wurde. Kommt dann die Tarifkommission mit ihrer Forderung heraus, die in der Regel schon erheblich unter dem liegt, was nötig wäre, dann ist die Losung der Revisionisten meist: „Aber davon jetzt keine Abstriche mehr, diese Forderung muß voll durchgesetzt werden!" **Aber sie denken in Wahrheit nicht im Traum daran, wenigstens diese Parole auch in Taten zu verfechten. Ihre Absicht ist es ja lediglich, Stufe um Stufe den Konflikt zwischen den Forderungen und dem Kampfwillen der Kollegen einerseits und den Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung andererseits zu entschärfen und den Kampf der Kollegen gegen das Lohndiktat und für echte Lohnerhöhung abzuwiegeln.**

Das Märchen vom „sozialen Frieden"

Natürlich versucht der DGB-Apparat, seine arbeiterfeindliche Tarifpolitik unter den Kollegen auch theoretisch zu rechtfertigen, ihnen einzureden, Lohnverzicht sei im Interesse der Arbeiter. So schrieb die „Metall" Nr. 8/77: „Konnten noch die Einkommensverluste unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzerhaltung hingenommen werden, droht jetzt erstmals das größte Übel: Entlassungen."

Mit anderen Worten: Zuerst sollen wir Einkommensverluste hinnehmen, angeblich um damit unsere Arbeitsplätze zu erhalten. Dann sollen wir Kurzarbeit und Personalabbau in Form der sogenannten „natürlichen Fluktuation" hinnehmen, angeblich um Entlassungen zu vermeiden, dann sollen wir kleinere Massenentlassungen hinnehmen, angeblich um Massenentlassungen großen Ausmaßes und Stillegungen zu vermeiden usw.

Hinter dieser Wahnsinnslogik steckt die Absicht der DGB-Bonzen, uns zur Kapitulation vor den Angriffen der Kapitalisten zu überreden, die Arbeiterklasse praktisch zu entwaffnen und sie den Kapitalisten ans Messer zu liefern. Und damit man das nicht so schnell durchschaut, wird gezielt (natürlich nicht nur vom DGB-Apparat) das Märchen vom „sozialen Frieden" verbreitet, der angeblich bei uns herrscht und daß durch Streiks die Wirtschaft ruiniert werde („die englische Krankheit").

Aber was ist das für ein Frieden? Es ist der Frieden des Schafs, das sich willig zur Schlachtbank führen läßt (um es einmal kraß auszudrücken). Sicher, daß die „Metzger" einen solchen „Frieden" lauthals loben, ist kein Wunder. Im übrigen: Die „englische Krankheit" wurde und wird durch die Realität des Kapitalismus tausendfach als dummes Ammenmärchen entlarvt. Es ist der Kapitalismus selbst, es ist die hemmungslose Ausbeutung der Massen durch die Monopolkapitalisten, es ist die skrupellose Jagd der Kapitalisten nach höchstmöglichem Profit, woraus die Wirtschaftskrisen und die Verelendung der werktätigen Massen erwachsen. Und die Streiks der Arbeiter sind nicht die Ursache, sondern die notwendige Folge der Verschlechterung ihrer Lebenslage.

Aber die Bourgeoisie beschäftigt ja sogar eigens ein Heer von „Gelehrten", die sich ihre fetten Bezüge nur dadurch verdienen, daß sie die Dinge auf dem Kopf stehend darstellen und wortreich „wissenschaftlich" beweisen, daß dies nun das echte Bild der Realität sei. Und der DGB-Apparat sorgt dafür, daß all die Lügen und Verdrehungen auch in der Arbeiterschaft verbreitet werden. Vor allem hat er es darauf angelegt, uns weiszumachen, zwischen Arbeitern und Kapitalisten bestünden im grundlegenden gemeinsame Interessen. Mit dieser Lüge sollen wir darüber hinweggetäuscht werden, daß nur eins im Interesse der Arbeiterklasse ist: durch unversöhnlichen Klassenkampf unsere Forderungen durchzufechten — ohne Rücksicht auf die Interessenlage der Kapitalisten.

Kämpfen wir für echte Lohnerhöhung!

Kämpfen wir kompromißlos für unsere Interessen, gegen den Abbau unserer Reallöhne, für echte Lohnerhöhung! Nehmen wir den Kampf in die eigenen Hände, schließen wir uns zu einer Einheitsfront gegen die Kapitalisten, den DGB-Apparat und alle Abwiegler und Arbeiterverräter zusammen! Unsere Forderungen in dieser Tarifrunde, soweit sie jetzt schon konkret aus den Diskussionen der Kollegen in den Betrieben entwickelt werden können, müssen lauten:

- **Gleichwertiger Arbeitsplatz und keine Lohneinbußen bei innerbetrieblichen Umsetzungen! In diesem Sinne Kündigung des § 14 des Lohnrahmentarifvertrags! Denn gegenwärtig treiben die Stahlkapitalisten den Lohnabbau vor allem auch durch Umsetzungen vieler Kollegen auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze im Rahmen der Rationalisierung voran.**
- **Kündigung der stahltypischen Zuschläge und eine kräftige Erhöhung derselben! Gegen den Versuch des IGM-Apparats, Kontischichtler und Normalschichtler gegeneinander auszuspielen und zu spalten.**
- **Und das Wichtigste: Weg mit dem 4%-Lohndiktat! Für echte Lohnerhöhung! Für eine Forderung in Mark und Pfennig!**

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Der 'Sekundenfresser'

Wißt ihr, was ein Sekundenfresser ist? Nun, das ist ein sehr scharfblickender Mensch, der, auf Gummisohlen laufend, plötzlich neben dir steht an der Maschine.

Er braucht nicht viel Grütze im Kopf zu haben. An Werkzeug hat er vor allem drei Dinge: die Stoppuhr, einen Rechenschieber und eine Tabelle mit Dreh- und Schnittgeschwindigkeiten, Hub-, Transport- und Übersetzungsskalen usw.

Alles notiert er sorgfältig, damit er ja seinen Kopf nicht zu sehr strapaziert. Er kennt jede Maschine, sieht und hört sofort, ob da ein Riemen zu locker sitzt oder dort das Schnittwerkzeug nicht scharf genug ist.

Du bist Fräser. Der Meister hat dir eine neue Arbeit gegeben und dich darauf aufmerksam gemacht, daß die Toleranz minus fünfhundertstel Millimeter, plus nicht mehr als fünfzehnhundertstel Millimeter übersteigen darf. Kurzum, er verlangt genaueste, präzise Arbeit von dir. Ehe du noch den Mund aufmachen kannst, um weitere Fragen zu stellen, ist er schon wieder in seinem Glasspind verschwunden.

Unter Schimpfen und Fluchen richtest du die Maschine ein. Nichts Böses ahnend, siehst du nach der Uhr und stellst fest, daß du neun Minuten dazu gebraucht hast, als plötzlich eine wohlbekannte Stimme, die dir sofort den Kaffee hochkommen läßt, hinter dir kurz und bündig erklärt: drei Minuten, 26 1/2 Sekunden.

Du bist einfach platt. Er zeigt höhnisch lächelnd auf die Riemenscheibe an der Transmission, dann auf die Stufenscheibe an der Maschine; er beweist dir, daß die Spindelumdrehung und der Schlittentransport nicht der Leistungsfähigkeit des Schnittwerkzeuges entsprechen, er deckt dich mit geheimnisvollen mathematischen Formeln ein.

Du protestierst! Bist sogar bereit, auf der Stelle in den Sack zu hauen. Er hat auf Kosten deiner Knochen den Profit der Firma erhöht, damit ist für ihn die Sache erledigt.

Zähneknirschend koppelst du um. Der Fräser frißt sich ins „Fleisch". Die ganze Maschine scheint sich aufzubäumen, die rasenden Umdrehungen der Spindel bringen das Schnittwerkzeug zum Glühen. Die glühenden Schneidezähne werden weich, die Schärfe verliert sich, der Fräser stampft... die Maschine würgt, die Riemen klatschen sausend gegen die Transmissionsscheiben.

Ein lautes Krachen: Das Werkzeug ist geborsten, die Maschine festgefahren. Bis endlich geistesgegenwärtig ein Kollege den Hebel des Widerstandes zurückreißt und ein größeres Unglück vermeidet.

Das Heer der Aufpasser und Antreiber eilt zur Unglücksstelle, um dir die Schuld in die Schuhe zu schieben. Natürlich bist du schuld: Ohne Rücksicht auf das Eigentum der Firma, nur auf deinen eigenen Vorteil bedacht, und du machst dir einen Dreck daraus, ob kostspielige Maschinen zum Teufel gehen.

Du weißt natürlich, wo die wahren Schuldigen zu suchen sind. Die Antreiberei. Immer kürzere Zeiten nehmen. Ohne Rücksicht auf deine Gesundheit und dein Leben soll der Profit der Kapitalisten gesteigert werden.

Darum seid auf der Hut, wenn wieder ein solches Individium hinter euch steht und dabei irgendwelche Witzchen erzählt. Er hat immer eine Hand in der Hosentasche auf dem Druckknopf der Stoppuhr und seine Gedanken sind auf eure Gelenke konzentriert.

Eines Tages jedoch werden diese Antreibereien verschwunden sein, wenn wir die Kapitalisten in der sozialistischen Revolution zum Teufel gejagt haben.

Polizeiterror am Hochofen

„Jeder, der betrunken angetroffen wird, fliegt. Kein Meister darf mehr ein Auge zudrücken. Wir können genug neue Leute einstellen!" So äußerte sich neulich der technische Direktor Habbig in einer Besprechung mit Hochofen-Ingenieuren.



Wie das aussieht, erfuhr schon vorher ein junger Schlosser vom Hochofen, Vater von zwei kleinen Kindern. Unter dem Vorwand, daß er etwas getrunken habe, setzte Obermeister Schmidt den Werkschutz auf ihn an.

Die schweren Arbeitsbedingungen, die Schichtarbeit, die täglichen Schikanen bringen es mit sich, daß mancher Kollege mal einen Schluck nimmt. Zeugenaussagen zufolge war unser junger Kollege jedoch keineswegs volltrunken.

In der Kaue wollte der Werkschutz dem Kollegen verbieten, sich zu duschen. Er duschte aber trotzdem. „Tätlichkeit gegen Werkschutzangehörige", steht nun in seinen Entlassungspapieren.

Als er aus der Dusche kam, fielen drei Polizisten über ihn her. Sie rissen seine Arme nach hinten und legten ihm Knebelketten an, die tief in die Handgelenke einschneiden. Sie ließen ihm keine Zeit, sich anzuziehen, sondern stießen ihn in Unterwäsche in den Streifenwagen. „Tätlichkeiten gegen Polizeibeamte", steht jetzt in seinen Entlassungspapieren.

Auf der Wache mißhandelt

Auf dem Polizeirevier legten sie ihm eine Augenbinde an. Er spürte, wie er zwischen mehreren Polizisten hin und her gestoßen wurde. Dabei torkelte er mal gegen einen Tisch, einen Türrahmen usw. Nachher war sein Gesicht an mehreren Stellen aufgeschlagen.

Dann wurde er in eine Zelle gestoßen, in der starker Durchzug herrschte. Das war am frühen Nachmittag. Frierend, blutend, mit unmäßig geschwollenen Handgelenken von den Knebelketten, mit Schmerzen in einem Schultergelenk vom Hochreißen der Arme saß er da bis ca. 17 Uhr.

Er konnte nicht auf die Toilette, die Polizisten ignorierten sein Klingeln. Dann wurde er von seinen Verwandten abgeholt, denen die Polizei Bescheid gesagt hatte, ihn um 17 Uhr und nicht früher abzuholen.

Er nahm ein paar Tage Urlaub und bekam währenddessen per Post seine fristlose Kündigung. Das Arbeitsamt sperrte ihm für vier Wochen die Unterstützung. Bis heute ist er arbeitslos.

In Zukunft wird Klöckner verstärkt versuchen, unliebsame Kollegen auf diese krumme Tour loszuwerden. Wie immer können sie sich dabei auf die Dienste ihrer Truppen, Werkschutz und Polizei, verlassen, die zu äußerster Brutalität gegen uns bereit sind.

Für den revolutionären Kampf gegen das Bonner Atomprogramm

Die Demonstrationen gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar, zu der trotz Verbotsdrohungen, übler Hetze und massiven Einschüchterungsversuchen durch die Bourgeoisie, trotz bundesweiter Polizeisperren 20—30.000 Menschen kamen, war zweifellos ein Ausdruck der breiten Empörung gegen das Bonner Atomprogramm. Aber gibt sie auch Anlaß zu Schlußfolgerungen, wie sie etwa die „Gruppe Rote Fahne" trifft, die in ihrem Zentralorgan schreibt: „Die Demonstration in Kalkar war ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen das Atomprogramm der Monopole und der Regierung, sie war ein Beweis der Lebenskraft und des demokratischen Geistes der AKW-Bewegung, sie war ein großartiger Erfolg im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte. An der Einheit und Geschlossenheit der Bewegung müssen wir festhalten"? — Wir sind der Ansicht, daß solche — von einer nüchternen Einschätzung der Tatsachen völlig ungetrübten — Durchhalteparolen dem notwendigen und gerechten Kampf gegen das Bonner Atomprogramm keineswegs nützen. Denn, immer weitermachen im Stil der diesjährigen Anti-AKW-Aktionen wie Brokdorf, Grohnde, Kalkar, das bedeutet, sich von Millionen Werktätigen, die über das Bonner Atomprogramm empört sind, zu isolieren, das bedeutet, die Bewegung gegen die Atomkraftwerke in die Sackgasse der Desorientierung und der Resignation zu treiben.

Der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm ist gerecht

Über 20 Atomkraftwerke wurden in den letzten Jahren in der Bundesrepublik gebaut und teilweise bereits in Betrieb genommen. Obwohl erwiesen ist, daß sie durch entweichende atomare Strahlen Leben und Gesundheit der in der Umgebung lebenden Bevölkerung gefährden, obwohl erwiesen ist, daß sie Klimaveränderungen hervorrufen, die die Existenz der in der Umgebung lebenden Landwirte gefährden; obwohl erwiesen ist, daß Unfälle, gegen die die Atomkraftwerke keineswegs abgesichert sind, zum Tod von Tausenden von Menschen führen können; obwohl die Frage, was nach 20, 30 Jahren, wenn die Atomkraftwerke stillgelegt werden müssen, mit der gefährlichen Atomenergie geschehen soll, völlig ungelöst ist. All dies interessiert weder die Energiemonopole, die für die Milliardenprofite, die für sie bei dem Atomgeschäft herausspringen, wichtiger sind als Leben und Gesundheit der Werktätigen, noch den kapitalistischen Staat, der das Atomgeschäft der Kapitalisten mit Milliardensummen subventioniert und mit unverfrorenen Lügen, unglaublicher Hetze und bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsätzen gegen den Widerstand der Werktätigen durchsetzen will.

Und dieser Widerstand gegen das Bonner Atomprogramm ist sehr breit. Keines des bisher gebauten Atomkraftwerke ist ohne Proteste der Bevölkerung errichtet worden. Millionen Werktätige sind empört, auch wenn sie bei weitem nicht alle aktiv in den Kampf treten. Doch nicht die Breite dieser Bewegung allein ist es, die die Bourgeoisie fürchtet. Noch mehr Angst hat sie davor, daß breitere Teile der Werktätigen das brutale, wirkliche Gesicht dieser angeblichen „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" erkennen. Denn bei diesem Bonner Atomprogramm zeigt sich sehr offen der verbrecherische, menschenfeindliche Charakter des Kapitalismus, entlarvt sich der kapitalistische Staat immer mehr als ein Klassenstaat, der die Profitinteressen der Kapitalisten mit Demagogie, Gerichtsurteilen und nackter Polizeigewalt gegen die Werktätigen durchsetzt. Es geht der Bourgeoisie deshalb nicht nur darum, den Bau jedes einzelnen Atomkraftwerks, die Sicherung jedes einzelnen Atomgeschäfts durchzusetzen, es geht ihr auch darum — das beweist die Hetze, die sie dabei gegen die revolutionäre Gewalt der Massen, gegen den Marxismus-Leninismus und die Kommunisten betreibt, sehr deutlich, — zu verhindern, daß die Werktätigen sich im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus zusammenschließen.

Für den revolutionären Kampf gegen das Bonner Atomprogramm

Unsere Partei unterstützt den gerechten Kampf gegen das Bonner Atomprogramm soweit es in ihren Kräften steht. Bei dem Weg des Kampfes, bei der Taktik, die wir dabei einschlagen, stützen wir uns auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die Genosse Stalin so formulierte: „Die Taktik kann sich nicht Augenblicksinteressen unterwerfen, sie darf sich nicht von Erwägungen des unmittelbaren politischen Effekts leiten lassen, noch viel weniger darf sie sich von der festen Erde lösen und Luftschlösser bauen — die Taktik muß entsprechend den Aufgaben und Möglichkeiten der Strategie aufgebaut sein." (Stalin, Bd. 5, S. 148).

Was heißt das in bezug auf den Kampf gegen das Bonner Atomprogramm?

1. Dieser Kampf, in dem den Werktätigen nicht ein einzelner Kapitalist, nicht ein einzelner Konzern, sondern die Bourgeoisie insgesamt mit ihrem kapitalistischen Staat gegenübersteht, kann nicht in „Entscheidungsschlachten" um einzelne Atomkraftwerke gewonnen werden, sondern nur im Klassenkampf, im politischen Kampf gegen das Bonner Atomprogramm.

Richtig ist, daß der Kampf gegen die einzelnen Atomkraftwerke geführt werden muß, von der direkt betroffenen Bevölkerung und von anderen Werktätigen, die sich mit ihrem gerechten Kampf solidarisieren. Aber was haben „Entscheidungsschlachten" à la Grohnde damit zu tun? Sie stärken diese Kämpfe nicht, sondern schwächen sie, weil sie sich nicht an den Interessen und Wünschen der Bevölkerung orientieren, sondern ihr vielmehr einen Kampf entsprechend den Vorstellungen der kleinbürgerlichen Führer der sogenannten AKW-Bewegung aufzwingen.

Richtig ist auch, daß es durchaus gelingen kann, der Bourgeoisie im Kampf gegen das eine oder andere Atomkraftwerk einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Ein solcher empfindlicher Schlag gegen die Polizei und das Bonner Atomprogramm war die Demonstration im November 1976 in Brokdorf, bei der unsere Partei in der vordersten Front kämpfte. Dieser Sturm auf das stark abgesicherte Kernkraftgelände, der für die Bourgeoisie überraschend kam und sie überrumpelte, war ein eindeutiger Sieg und wurde als solcher nicht nur von der breiten Masse der Demonstranten in Brokdorf, sondern von den Werktätigen in der ganzen Bundesrepublik begrüßt. Im Anschluß an diese Demonstration, die die Stärke der Massen gezeigt hatte, entfaltete sich eine breite öffentliche Diskussion über das Bonner Atomprogramm, wurde die Bourgeoisie gezwungen, Stellung zu nehmen, was sie vorher möglichst vermieden hatte, verschärften sich die Widersprüche in ihren eigenen Reihen.

Völlig falsch aber ist die Vorstellung, man könne das Bonner Atomprogramm durch „Entscheidungsschlachten" um jedes einzelne Atomkraftwerk zu Fall bringen. Diese „Entscheidungsschlachten" — mögen ihre Strategen sich noch so stolz auf die hohen Teilnehmerzahlen bei diesen Demonstrationen berufen — zersplittern in Wirklichkeit die Bewegung und führen sie — mögen sich manche ihrer kleinbürgerlichen Führer auch noch so revolutionär und kampfesmutig geben — in die Resignation, weil die Bourgeoisie bei diesen „Entscheidungsschlachten" die Möglichkeit hat, jedesmal (zumal sie ja immer frühzeitig genug informiert wird) ihre Stärke zu demonstrieren. Im Kampf gegen das Bonner Atomprogramm kann es nur Erfolge geben, wenn dieser Kampf nicht als eine Kette von Scharmützeln begriffen und geführt wird, sondern als Klassenkampf, der sich auf die Massen stützt und die Werktätigen auf einer möglichst breiten Front mobilisiert.

2. Der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm muß scheitern, wenn er sich — der Spektakularität halber und auf Augenblickserfolge aus — hauptsächlich auf einen Kern von 10-15.000 „Unentwegten" stützt, die zudem noch von einem bunt zusammengewürfelten Haufen von Pazifisten, Spontaneisten, Trotzkisten, Revisionisten und sich „kommunistisch" nennenden Opportunisten „geleitet" wird, die sich zunehmend von den Massen isolieren. Erfolge kann die Bewegung gegen das Bonner Atomprogramm nur erringen, wenn sie sich auf die Werktätigen stützt, auf die Arbeiter in den Betrieben und alle anderen Teile des Volkes, die empört sind über dieses volksfeindliche Atomprogramm des kapitalistischen Staates. Wie sieht es denn aus im Moment? Während die selbsternannten Führer der sogenannten „AKW-Bewegung" von Atomkraftwerk zu Atomkraftwerk ziehen, konzentriert sich die Bourgeoisie — die genau weiß, was ihr am gefährlichsten wird — auf die Arbeiterklasse, auf die Betriebe, bearbeitet sie vorrangig die Arbeiter mit ihrer verlogenen Demagogie, wobei sie vor allem den DGB-Apparat mobilisiert, der mit seiner widerlichen Propagandamasche „Kampf gegen Atomenergie gefährdet Arbeitsplätze" versucht, die Arbeiterklasse von der Bewegung gegen die Atomkraftwerke zu spalten; organisierte sie jetzt in Bonn bereits die zweite Arbeiterdemonstration *für* den Bau von Kernkraftwerken. Natürlich sind es nicht nur Arbeiter, die dort demonstrieren und natürlich sind es auch nicht gerade die fortschrittlichsten Arbeiter, die bei solchen Demonstrationen mitmachen, und natürlich hilft die Bourgeoisie mit verschiedenen Mitteln nach, daß viele „freiwillig" mitgehen. Aber darum geht es hier nicht, sondern darum, daß die kleinbürgerlichen Führer der sogenannten „AKW-Bewegung" nicht begreifen wollen oder nicht begreifen können, daß — auch eine friedliche — klassenkämpferische Demonstration von Arbeitern in den großen Industriezentren, oder gar ein Streik — die Bourgeoisie mehr treffen würde als ein erneuter Sturm auf ein erneutes „Anti-AKW-Objekt".

3. Der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm kann nur Erfolge haben, wenn er revolutionär — und das heißt auch — mit revolutionärer Gewalt geführt wird. Unsere Partei ist für die Anwendung revolutionärer Gewalt. Das hat sie nicht nur in Brokdorf hinreichend bewiesen, wo unsere Genossen das Baugelände stürmten, während sich die Häupter der verschiedenen opportunistischen Organisationen, die sich heute nicht militant genug gebärden können, still und leise davonmachten. Aber wir lassen uns nicht vorschreiben — weder von den Provokationen der Bourgeoisie noch vom scheinradikalen Geschrei verschiedener Zirkelführer — wann wir zur Anwendung revolutionärer Gewalt aufrufen. Natürlich, wer die Bourgeoisie samt ihren Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen für Pappkameraden hält wie der KBW, der plagt die Massen nicht mit solchen „kleinkarierten" Überlegungen, der schickt die Massen in den Kampf und kümmert sich einen Dreck um die Verantwortung darüber, ob daraus ein Sieg oder eine Niederlage wird. So kann allerdings eine kommunistische Partei, die den Tageskampf, ausgehend von den Interessen der Massen und nicht zur Befriedigung der Renommiersucht einzelner kleinbürgerlicher Opportunisten, führt, die weiß, daß sie die Aufgabe hat, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zum Kampf für die sozialistische Revolution und zum Sieg in dieser Revolution zu führen, nicht handeln. Sie bestimmt die Taktik so, daß offene Auseinandersetzungen da, wo sie zu demoralisierenden Niederlagen führen, möglichst vermieden werden, daß sie da, wo sie zu mobilisierenden Erfolgen führen, durchgeführt werden. Sie bestimmt — nicht nur was die Anwendung der revolutionären Gewalt angeht — die Taktik im Tageskampf so, daß sie der Strategie, dem Kampf für den Sieg in der sozialistischen Revolution — nützt und den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen im revolutionären Klassenkampf vorantreibt. Deshalb unterstützen wir die gerechte Bewegung gegen die Atomkraftwerke. Demonstrationen aber wie die in Kalkar als Vorbild für die „Lebenskraft" für die „Einheit und Geschlossenheit" der „Bewegung" zu loben, sei denen überlassen, für die „eine gute Presse" wichtiger ist als dieses große Ziel der deutschen Arbeiterbewegung.

7. Kongress des albanischen Jugendverbandes

Eine glückliche und freie junge Generation

Auf dem Gelände des Hüttenwerks von Elbasan hat am 26. September der 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens begonnen. Die 2.180 Delegierten aus allen Teilen Albaniens werden die vier Tage, die der Kongreß andauerte, nie vergessen. Die begeisternde revolutionäre Atmosphäre, die ihren Höhepunkt am letzten Tag des Kongresses erreichte, als Genosse Enver Hoxha vor den Delegierten erschien und zu ihnen sprach, wird ihnen immer in Erinnerung bleiben.

Am 7. Kongreß des Verbandes der Jugend Albaniens haben auch 19 Delegationen marxistisch-leninistischer und antiimperialistischer Jugendorganisationen verschiedener Länder teilgenommen, darunter auch eine Delegation der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML.

In Albanien, wo die Diktatur des Proletariats herrscht und der Sozialismus aufgebaut wird, genießt die Jugend die volle Fürsorge der Partei der Arbeit Albaniens, des Staates und des ganzen Volkes. Befreit von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung, stehen ihr alle Wege in eine glänzende Zukunft offen, hat sie alle Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten zu entfalten, zu lernen und zu arbeiten und ihre Ideale zu verwirklichen.

Deshalb schlägt das Herz der albanischen Jugend für den Sozialismus und Kommunismus, für die Partei der Arbeit Albaniens, ohne die sich das albanische Volk niemals hätte befreien, die Diktatur des Proletariats errichten und den Sozialismus aufbauen können. Deshalb ist die albanische Jugend bereit, mit allen ihren Kräften dazu beizutragen und das sozialistische Albanien gegen alle Feinde zu verteidigen.

In der Grußadresse, die Genosse Enver Hoxha im Namen des Zentralkomitees der PAA an den Kongreß gerichtet hat, wird diese Haltung der albanischen Jugend so gewürdigt:

„Die Partei, das Volk und wir alle, die Genossen der Generation des Krieges, haben die heroische Jugend unseres Landes im Namen der Befreiung des Vaterlandes mit Todesverachtung dem Feind entgegentreten sehen, da ohne diesen Kampf die Freiheit nicht errungen und die Macht unseres Volkes nicht errichtet werden konnte. Wir sahen sie von Aktion zu Aktion gehen, Straßen, Brücken, Fabriken und Kombinate bauen, Staudämme für Wasserkraftwerke errichten, um dem Land Licht zu geben, wir sahen sie Sümpfe trockenlegen, Hügel und Berge besteigen, um dem Volk Brot zu geben, wir sahen sie auf den Schulbänken und in den Hörsälen sitzen, um zu lernen und sich Wissen und Kultur anzueignen, um Wissenschaft und Technik zu meistern, denn das neue Albanien brauchte Wissen. Sooft die Partei die Jugend zum Kampf oder zur Arbeit aufrief, folgte sie ihrem Ruf mit der Dynamik, die ihrem Alter zu eigen ist, mit hohem Enthusiasmus, mit revolutionärem Schwung, mit voller Bereitschaft, mit kommunistischer Entschlossenheit. Jedes wichtige Ereignis im Leben unserer Partei und unseres Landes findet sofort auch Eingang im Leben der jungen Generation. Jedes Arbeitsprogramm der Partei weckt bei der Jugend neue Energien. Der 7. Parteitag der PAA und seine historischen Beschlüsse verliehen der Jugend Kraft und unversiegbare Energien, sie erleuchteten ihr Denken zur Arbeit und zu größeren und historischen Taten in der Zukunft im Interesse des Volkes und des Vaterlandes. Die albanische Jugend und ihre Kampforganisation werden wie immer in den vordersten Reihen der Schlachten stehen, die in Zukunft auf uns warten, um unsere siegreiche Revolution zu Ende zu führen, um Albanien schöner, wohlhabender und stärker zu machen."

Die 1. Sekretärin des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, Genossin Lumturi Rexha, sprach im Namen der ganzen albanischen Jugend, als sie vor dem Kongreß erklärte:

„Die imperialistischen und revisionistischen Feinde bedauern unsere Jugend, sie leide angeblich unter der Diktatur des Proletariats und müsse schuften, sie habe nicht die Freiheit und großen Möglichkeiten, die uns die sogenannte bürgerliche Demokratie biete. Unsere Jugend antwortet diesen Herren: „Es ist die Diktatur des Proletariats, die seit über drei Jahrzehnten in Albanien eine glückliche und freie junge Generation heranwachsen und erblühen läßt. Die Diktatur des Proletariats hat uns Schule und Arbeit, ein kostenloses Bildungswesen und unentgeltliche medizinische Versorgung gegeben, das Recht, uns in der militante Organisation des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens einzureihen und unsere Neigungen und Talente auf allen Gebieten und an sämtlichen Fronten des sozialistischen Aufbaus und der Verteidigung des Vaterlandes zu entwickeln. In der Diktatur des Proletariats sehen wir unsere sichere Gegenwart und Zukunft. Deswegen haben wir die heilige Pflicht, unter Führung der Partei, stets an der Spitze des Klassenkampfes zu stehen und sie zu festigen, wie unseren Augapfel zu verteidigen."

Hoffmann-Prozess in Tübingen

Eine Provokation gegen die Antifaschisten

„Drei Minuten später waren sieben Rotfrontkämpfer krankenhausreif und viele andere verletzt. Daß uns nun die Presse als Schlägertruppe bezeichnet, stört uns wenig." So steht es in einem Flugblatt der berüchtigten paramilitärischen „Wehrsportgruppe" des Faschisten Hoffmann. So brüsten sich diese Leute ganz offen mit einem Überfall, bei dem sie im Dezember letzten Jahres mit Knüppeln und Stahlruten auf Tübinger Antifaschisten einschlugen.

Wegen dieser Vorfälle wird jetzt schon seit Wochen vor einem Tübinger Gericht verhandelt. Aber geht es dabei darum, die faschistischen Schläger zu bestrafen? Die Richter haben zwar einige der Hoffmann-Leute angeklagt, sie haben aber im gleichen Prozeß auch drei Antifaschisten auf die Anklagebank gezerrt. Mit dieser üblen Provokation wollen sie aus dem Terrorüberfall der Hoffmann-Truppe eine „Schlägerei zwischen Rechts- und Linksextremisten" machen, wollen sie die faschistischen Banditen auf eine Stufe stellen mit denjenigen, die ihnen mutig entgegengetreten sind.

Worum ging es an jenem 4. Dezember im letzten Jahr? Die faschistische Tübinger Studentengruppe HTS, deren Ehrenmitglied übrigens auch der ZDF-Berufshetzer Löwenthal ist, hatte Hoffmann eingeladen.

Jetzt, im Prozeß, stellen sie sich alle dumm, die Polizeioffiziere, die Richter und Staatsanwälte. So erklärte der Polizeihauptkommissar Vollmar, verantwortlich für den Polizeieinsatz am 4. Dezember, dreist, die Wehrsportgruppe Hoffmann und sogar die Tübinger Faschistenbande HTS wären ihm gänzlich unbekannt. Er habe erst einmal beim Bundeskriminalamt Vorermittlungen anstellen müssen. Was diesem feinen Herrn aber offensichtlich nicht unbekannt blieb, war die Tatsache, daß Tübinger Antifaschisten eine Kundgebung gegen die Söldneraktion der Hoffmann-Leute planten. Und da mußten keine Vorermittlungen angestellt werden, da wurde die Polizei sofort in bekannter Weise aktiv, indem sie ihre Spitzel unter die Gegendemonstranten schickte. Eine dieser Figuren trat jetzt auch im Prozeß auf.

Der Überfall der Hoffmann-Leute, bei dem mehrere Antifaschisten krankenhausreif geschlagen wurden? Nichts gehört, nichts gesehen. So berichtete zum Beispiel ein Zeuge, wie er beobachtet habe, daß den Schlägern vor ihrem Einsatz eine große Tasche übergeben wurde, die voll war mit solchen Mordinstrumenten wie Stahlruten. Direkt neben diesem Zeugen hatte der Kriminalbeamte Fiete gestanden. Und was hatte er gesehen? Natürlich — nichts! Und die Polizisten, uniformierte wie zivile, dachten bei dem Terrorüberfall nicht im Traum daran, gegen die faschistischen Banditen einzuschreiten.

Ein anderer Zeuge berichtet: Er sah, wie vier Faschisten ein Mädchen zusammenschlugen. „Ich glaubte, jetzt schlagen sie sie tot." Er läuft zu einer Gruppe von Polizisten, will Hilfe holen. Und das Ergebnis? Er selbst wird gepackt und in den Polizeigriff genommen. Aber als sich dann das Blatt wendet, als die Antifaschisten den Angriff zurückschlagen, als sie beginnen die Gangster zu entwaffnen, da ist es aus mit der Zurückhaltung der Polizei, da wird sie wieder aktiv und stellt sich schützend vor die Hoffmann-Leute.

Und hinterher? Gibt es Ermittlungen gegen die braunen Banditen? Nicht die Spur! Gewiß, es liegen Anzeigen vor gegen Hoffmann und Co., es gibt genug Zeugenaussagen. Aber was kümmert das Polizei und Staatsanwaltschaft. Sie drehen den Spieß einfach um und hängen den Anzeigeerstattern ein Verfahren an, zerren sie zusammen mit den Faschisten auf die Anklagebank. So ist dieser ganze Prozeß eine einzige Farce. Beweismaterial gegen die Hoffmann-Banditen liegt nicht vor. Die Polizei hat ja weder etwas gesehen noch Ermittlungen angestellt. Und ein Fahrzeug der „Wehrsportgruppe", vollgefüllt mit Waffen, von dem man weiß, daß es von der Polizei am 4. Dezember beschlagnahmt wurde, taucht überhaupt nicht in den Akten auf.

Ist es da ein Wunder, wenn Richter und Staatsanwalt Zeugen gegen die Faschisten als „unglaubwürdig" abstempeln, die Hoffmann-Leute dagegen im Gerichtssaal nach Belieben agieren lassen. So kann der Faschist Heinzmann etwa die Zeugen provokativ nach ihrer Einstellung zum Grundgesetz, nach ihrer Parteizugehörigkeit usw. befragen. So kann der gleiche Bandit Prozeßzuschauer denunzieren und behaupten, sie wären am 4. Dezember auch dabeigewesen. Und prompt ist die Polizei zur Stelle, werden die Personalien festgestellt, wird ein Verfahren wegen Nötigung eröffnet. Was ist das denn anderes als der Versuch einer massiven Einschüchterung, als der Versuch, die Wahrheit mit allen Mitteln zu unterdrücken und die Faschisten reinzuwaschen?

Es ist doch so, daß praktisch jeder, der hier auftritt, als Anzeigeerstatter gegen die Schläger, als Zeuge für ihre Verbrechen oder auch nur als Zuschauer selbst damit rechnen muß, vor Gericht gestellt und abgeurteilt zu werden, daß es ihm genau so geht wie den drei Antifaschisten, die jetzt schon neben den Hoffmann-Leuten auf der Anklagebank sitzen müssen.

Was könnte deutlicher als dieser Prozeß zeigen, daß die bürgerlichen Staatsorgane mit allen Mitteln die offen faschistischen Banden schützen und fördern? „In einer Krisensituation", sagte Hoffmann, „oder sagen wir es noch konkreter in einer bürgerkriegsähnlichen Situation wären wir die richtigen Leute. Wir haben keine Hemmungen." Nein, Hemmungen haben sie nicht, diese braunen Banditen. Das haben sie im Dezember in Tübingen bewiesen. Und solche Leute braucht die Bourgeoisie, um sie gegen die Arbeiterbewegung einzusetzen. Deswegen wird ihnen in jeder Hinsicht der Weg geebnet. So konnte sich die Hoffmann-Bande in einem städtischen Gebäude der Stadt Nürnberg einnisten, für das sie lange Zeit nicht einmal Miete zu zahlen brauchte.

Und die Bewaffnung? Man muß sich das einmal vorstellen: Während in Bonn im Zuge der Schleyer-Hysterie täglich nach einer Verschärfung des Waffengesetzes geschrien wird, während bei der Kalkar-Demonstration alles vom Fahnenstock bis zum festen Schuhwerk als gefährliche Waffen beschlagnahmt wurde, während jetzt Gesetz werden soll, daß sich Demonstranten nicht einmal mehr mit Helmen gegen den Terror der Polizei schützen dürfen, rücken die Hoffmann-Leute mit Stahlhelmen und in Nazi-Uniformen zu ihren Manövern aus, haben sie einen riesigen Fuhrpark von Militärfahrzeugen einschließlich Lastwagen und Kettenfahrzeugen. Sind sie bis an die Zähne bewaffnet und haben sie auch die nötigen Waffenscheine.

Während die Bourgeoisie die Faschisierung über den Staatsapparat vorantreibt, Polizei und Grenzschutz aufrüstet, immer neue Terrorgesetze durchpeitscht, mit dem Verbot unserer Partei droht, züchtet sie gleichzeitig diese Banden vom Schlage der „Wehrsportgruppe Hoffmann" als faschistische Sturmabteilungen gegen die Arbeiterklasse heran. Deshalb muß, um dem Terror dieser Banden entgegenzutreten, der konsequente revolutionäre Kampf gegen ihre Hintermänner, die Bourgeoisie und ihren Staat geführt werden.

Aus "Krankheitsgründen"

NS-Mörder auf freiem Fuss

Am 25. 9. wurde ein Schwurgerichtsprozeß gegen drei NS-Mörder in Hannover eröffnet. Sie haben sich von 1942 bis 1944 im Gebiet um Krakau der Beihilfe zur systematischen Ermordung von mindestens 19.500 Menschen schuldig gemacht und darüber hinaus wiederholt einzelne Häftlinge mit eigner Hand umgebracht.

Heute wird das Verfahren gegen den SS-Führer Körner, der es in unserem freiheitlich — demokratischen Rechtsstaat bis zum Kriminaloberse-kretär gebracht hat, aus „Krankheitsgründen" abgetrennt und vorläufig eingestellt.

Worauf das hinausläuft ist klar: Wieder einmal, wie schon so oft gehen bestialische Nazimörder frei aus. Die beiden anderen Angeklagten ließen denn auch gleich, offenbar durch den Erfolg Körners ermutigt, wissen, daß ihre Gesundheit ebenfalls beeinträchtigt sei. Nicht mehr lange und sie werden auch ein ärztliches Attest bringen, und das gesamte Verfahren wird eingestellt.

Die Einzelfälle, die in der Anklageschrift geschildert werden, sind besonders grausam. So hat z. B. jener Körner ein achtjähriges Mädchen und deren Eltern hinterrücks mit der Pistole erschossen, als diese sich dem Abtransport in ein Vernichtungslager widersetzten. Bei einer „Selektion" hat er einen jungen Mann erschossen, der seiner von ihm mit Schlägen attackierten Mutter zu Hilfe kommen wollte. Besonders bestialisch sind die Morde an Kleinkindern, die ihre Eltern in Gepäckstücken versteckt hatten, um sie vor der Vernichtung zu schützen. Mindestens acht dieser Kinder hat er durch Schüsse in die Gepäckstücke gemordet. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Jeder kleine Autodieb wird — egal ob krank oder gesund — hinter Gitter geschickt. Politische Häftlinge werden in den Gefängnissen schlimmsten Bedingungen ausgesetzt, sei es daß man sie in bundesdeutschen Gefängnissen kaltschnäuzig verhungern läßt, oder sei es, daß man ihnen angemessene ärztliche Betreuung verweigert, wie im Falle der Katharina Hammerschmidt, die an Krebs starb.

Gegen diese Herren aber, die Tausende von Menschen gequält und getötet haben, wird nichts unternommen. Sie können solche Verhandlungen "gesundheitlich nicht durchstehen", deshalb werden sie auf freien Fuß gesetzt. Die Klassenjustiz weiß sehr wohl, wen sie da deckt und unterstützt. Es sind die ehemaligen Helfershelfer der Siemens, Krupp und Thyssen, die das deutsche Volk in einen Raubkrieg hetzten. Heute sitzen diese Herren dem Volk wieder im Nacken und sorgen natürlich dafür, daß ihren alten Freunden kein Leid geschieht.

Diese Machenschaften der Justiz zeigen einmal mehr den Klassencharakter dieses Staates auf, der die Kapitalisten und ihre Henkerknechte schützt, während das Volk geknechtet wird.

Symbolische Judenverbrennung und Nazilieder

Faschistische Provokation in der Bundeswehr

In der vergangenen Woche machte in der bürgerlichen Presse wieder einmal ein Bundeswehrskandal Schlagzeilen. Die „Frankfurter Rundschau" hatte einen Vorfall enthüllt, der sich bereits im Februar in der Bundeswehr-Hochschule München zugetragen hat und bislang vertuscht worden war. Junge Offiziere des Studentenfachbereichs Pädagogik hatten auf einem sogenannten Kameradschaftsabend eine symbolische „Judenverbrennung" veranstaltet und dazu faschistische Lieder gesungen, u. a. das Horst-Wessel-Lied.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß dies keineswegs ein Einzelfall war. Bei einer Wienreise hatten die Jungoffiziere in der Judengasse gebrüllt: „Juden raustreten zum Erschießen!" Bei Seminaren wurden Hakenkreuze auf eine Seminararbeit gemalt usw.

Und die Leitung der Bundeswehrhochschule hatte diese faschistischen Provokationen ihrer Zöglinge geflissentlich vertuscht. Es sei innerhalb der Hochschule darüber diskutiert worden und alle seien sich darin einig gewesen, das seien eben Ausrutscher junger unreifer Soldaten. Disziplinarische Maßnahmen habe man nicht für nötig erachtet. Das erklärte zynisch der Präsident der Militärhochschule Professor Engert, nachdem der Skandal publik geworden war.

„Wie ist so etwas nur möglich in unserem demokratischen Rechtsstaat?" „Riesenskandal", „Nazistische Entgleisung" — so ereifert sich nun scheinheilig die bürgerliche Presse und beflissen druckt sie Erklärungen von Vertretern der Bonner Regierung und der Bundeswehrführung ab, in denen betont wird, daß solche Vorfälle „keineswegs symtomatisch für den Geist der Bundeswehr" seien, an der demokratischen Verfassung der Bundeswehr könne es natürlich keinen Zweifel geben usw. usf.

Jedem fortschrittlichen Menschen treibt das dreiste Auftreten faschistischer Jungoffiziere das Blut der Empörung in den Kopf. Es ist eine ungeheuerliche Verhöhnung der Opfer des verbrecherischen Naziregimes und aller, die im Kampf gegen den Faschismus ihren Beitrag geleistet und Opfer gebracht haben. Die Entrüstung der bürgerlichen Presse jedoch sowie der Vertreter des Bonner Staates und der Bundeswehrführung ist nicht echt, ist elende Heuchelei. Solche faschistischen Umtriebe und Provokationen, die übrigens schon öfter aus Offizierskreisen der Bundeswehr bekannt wurden, sind keineswegs zufällige Entgleisungen.

Oder waren es nicht etwa die alten Hitler-Generale, die mit dem Aufbau der angeblich demokratischen Bundeswehr betraut worden waren und die teilweise heute noch in ihrem Dienst stehen? Die de Maizière, Trettner, Steinhoff, Kielmannsegg, Poser, Speidel, Heusinger, Foertsch usw. usw.? Mit Recht wurde über die erste Generation der Bundeswehrführung der Satz geprägt: „Hitlers Generalstab kommandiert die Revanchearmee." Und wie ist es denn zu erklären, daß der Kriegsverbrecher Molinari, der 1951 in Frankreich wegen seiner Mitwirkung an der Ermordung von 108 französischen Widerstandskämpfern in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist, bis 1969 aktiver Bundeswehrgeneral sein konnte? Erst eine Welle der Empörung im In- und Ausland zwang den Bonner Staat, Molinari den Abschied zu geben.

Die Bundeswehr ist die Waffe des westdeutschen Imperialismus. Sie wurde aufgebaut als Werkzeug der aggressiven und revanchistischen Pläne der Krupp, Flick, Thyssen usw., der westdeutschen Monopole, die ja schon die eigentlichen Hintermänner des Naziregimes und der faschistischen Wehrmacht im zweiten Weltkrieg waren. Der Zweck der Bundeswehr ist es, unter gegebenen Umständen über andere Völker herzufallen und sie im Interesse der westdeutschen Imperialisten zu versklaven und auszuplündern. Und des weiteren ist es ihre Aufgabe, im eigenen Land im Falle revolutionärer Erhebungen der Arbeiter und des werktätigen Volkes einzugreifen, den Kampf blutig niederzuschlagen und die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse zu verteidigen. Deshalb werden die militaristischen und faschistischen Traditionen in dieser Armee, die nur schlecht unter dem Deckmantel von demokratischen Phrasen verborgen sind, auch bewußt gefördert und geschützt.

Briefträger sollen Spitzeldienste leisten

Letzte Woche erging eine Anweisung des Postministeriums an alle Briefträger. Sie sollen sich in Zukunft für Spitzeldienste bereithalten. Nicht nur, daß die Überwachung durch Abhören des Telefons gesetzlich geregelt ist, damit auch ja kein Wort fällt ohne daß das große Ohr des Staates mithören kann. Nicht nur, daß jetzt die Meldepflicht verschärft werden soll, damit auch keiner eine Reise tut ohne daß die Überwachungsorgane etwas davon erfahren. Nein, jetzt ergehen auch Geheimanweisungen an Briefträger und sicherlich auch an andere ähnlich geartete Berufe, in denen sie zu Denunziantentum verpflichtet werden. So werden sie zu Außenposten des Verfassungs- und Staatsschutzes gemacht.

Verlangt werden genaue Angaben über Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien, was dort vor sich geht, wie das mit der Post ist, von wem und welche, und ähnliches mehr. Weiterhin von Interesse für die Staatsschützer ist: Wer ist in den letzten sechs Monaten neu eingezogen, bekommt er wenig Post? Das wäre sicherlich schon ein Zeichen für konspirative Umtriebe. Höchst wichtig für diese Herrschaften wird es auch, wenn es irgendwo Briefkästen ohne dazugehörige Wohnung gibt. Um diese Informationen auch möglichst schnell an die richtige Adresse zu bringen, sollen in verschiedenen Oberpostdirektionen wie z. B. in Mainz und Köln, besondere Stellen dafür eingerichtet werden, die einen heißen Draht zur Polizei haben.

Wofür dies alles verlangt wird, ist klar. Die herrschende Klasse möchte ein möglichst genaues Bild über jegliche Regung bei den Werktätigen haben, die ihnen gefährlich werden könnte. Als Vorwand dazu dienen ihnen die angeblichen Gefahren, die von den sogenannten „Terroristen" kommen. Unter diesem Vorwand werden alle Maßnahmen zur vollständigeren Überwachung der Bevölkerung getroffen. Aber ob es nun die geplanten Gesetzesänderungen sind oder auch diese Maßnahme, dies alles wird den Haß der Werktätigen auf sich ziehen, denn sie wissen, wohin dies Denunziantentum und Spitzelwesen führt. Denn einmal haben sie die Zeit erlebt, in der das berufsmäßige Denunzianten, Blockwarte und ähnliches Gesindel gab, die Zeit, in der einer dem anderen nicht mehr trauen konnte.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Besuch in einem albanischen Dorf

Liebe Genossen!

Als wir in Albanien waren, besuchte unsere Reisegruppe eine LPG im Bezirk Korça nahe der albanisch-griechischen Grenze. Wir wurden in der Dorfschule vom Lehrerkollektiv und dem Parteisekretär der LPG empfangen. In einer kurzen Begrüßungsrede erzählte uns ein Lehrer über die Geschichte der Schule, welche Schwierigkeiten bei ihrem Aufbau gegen die konservative Ideologie der Landbevölkerung zu überwinden waren und wie die Schule im Laufe der Jahre viele hervorragende Genossen hervorgebracht hat, die in vorderster Front beim Aufbau des Sozialismus stehen. Der Lehrer wünschte der KPD/ML viel Erfolg in ihrem Kampf für die Revolution in Deutschland und ermahnte uns, die neue revisionistische Theorie der „drei Welten" zu bekämpfen.

Mittlerweile hatte sich die Nachricht von unserer Ankunft wie ein Lauffeuer im Dorf verbreitet. Als wir die Schule verließen, hatten sich zahlreiche Kinder des Dorfes versammelt, um uns zum Dorfplatz zu begleiten. Sie waren anfangs noch etwas schüchtern, aber das Eis war schnell gebrochen, und wir kamen uns trotz der Sprachschwierigkeiten rasch näher. Als wir am Dorfplatz ankamen, erwartete uns schon eine große Menge von Dorfbewohnern. Auch Musikanten hatten sich eingefunden, und wir wurden aufgefordert, mit den Bauern zu tanzen. Anschließend teilten wir uns in zwei Gruppen und waren zu Gest bei zwei Bauernfamilien der LPG. Hier wurden wir mit Süßigkeiten, Obst, Raki und Zigaretten bewirtet. Wir stellten uns einzeln vor, der Hausbesitzer erkundigte sich nach unserer Gesundheit und erzählte uns dann von der elenden Lage der Bauern vor der Befreiung und stellte dem den Wohlstand gegenüber, der heute auf dem albanischen Dorf herrscht. Er berichtete auch anhand konkreter Fakten über Ernteerträge, Mechanisierung usw., so daß wir uns ein genaues Bild über die Fortschritte der albanischen Bauern beim Aufbau des Sozialismus machen konnten.

Nachdem unsere Gruppe ihrem Gastgeber zwei Holzschnitte über die deutschen Bauernkriege überreicht hatte, gingen wir zu dem Haus, in dem die andere Gruppe zu Gast war. Wieder begleiteten uns zahlreiche Dorfbewohner auf dem Weg. Beim zweiten Gastgeber angekommen, gab es noch einmal Bonbons und Raki und dann wurde gemeinsam gesungen. Die albanischen Dorfbewohner sangen uns Lieder aus ihrer Heimat vor, und wir revanchierten uns mit Liedern der deutschen Arbeiterbewegung und deutschen Volksliedern. Leider mußten wir bald wieder aufbrechen und konnten die Einladung zum Abendessen und zur Übernachtung nicht annehmen. Als wir aus dem Haus kamen, machten wir noch eine Reihe Erinnerungsfotos mit der Bevölkerung und dann wurden wir von den Dorfbewohnern Arm in Arm zum Autobus geleitet. Wir bedankten uns noch einmal für den begeisterten Empfang und die herzliche Aufnahme, und die Albaner wünschten uns viel Erfolg im Klassenkampf in Deutschland. Zum Abschied wurden wir alle von den Albanern umarmt. Als der Bus abfuhr, riefen wir: „Es lebe Genosse Enver Hoxha" und „Es lebe der proletarische Internationalismus!" Die Kinder des Dorfes liefen dem Bus nach, bis die Dorfgrenze erreicht war.

Für alle von uns war der Besuch dieses albanischen Dorfes das größte Erlebnis unserer Reise. Dieses Beispiel der Freundschaft zwischen dem albanischen und deutschen Volk und des proletarischen Internationalismus wird für uns immer unvergeßlich bleiben.

Aktion gegen „Kontaktbereichs"-Polizisten

Liebe Genossen!

Am Sonnabend den 17. 9. 77 kam es im Berliner Stadtteil Neukölln zu einem Zwischenfall. Die RHD verteilte an einem AP-Punkt der Partei (großes Kaufhaus) Flugblätter und verkaufte Zeitungen. Es ging um das berüchtigte Thema: Kontaktbereichsbeamten.

Der AP-Trupp der Partei unterstüzte die Aktion, hielt eine Kurzrede, führte ein Stück auf und sang revolutionäre Lieder.

Eine Polizeistreife wurde durch eine Stelltafel der RHD, die den KOB entlarvte, auf die ganze Sache aufmerksam. Als ein Polizist, nachdem er den Text kurz überflogen hatte, die Stelltafel kurzerhand zusammenpackte und zum Streifenwagen bringen wollte, sprach ihn eine Genossin des AP-Trupps an, daß er kein Recht dazu hätte etc. Daraufhin fragten die Polizisten sie, ob sie verantwortlich sei und sie solle ihre Personalien geben, sonst würde man sie vorübergehend festnehmen.

Die Genossin weigerte sich. In der Zwischenzeit hatte sich eine Menge von ca. 100 Leuten angesammelt und es wurde auch heftig protestiert. Daraufhin gingen die Polizisten zurück zu ihrem Auto und forderten Verstärkung an. Innerhalb kürzester Zeit waren 5-6 VW-Busse mit ca. 20 Polizisten da, und der Menschenauflauf war auf rund 300 Personen angewachsen, und es wurde lautstark gegen die Vorgehensweise der Polizei protestiert.

Dadurch waren die Polizisten sehr unschlüssig, doch fühlten sie sich dann doch stark genug und nahmen von drei Genossen des AP-Trupps die Personalien auf.

Während des ganzen Vorfalls konnten 15 „Rote Morgen" verkauft werden. Die Polizeiaktion ist die dritte im Zuge der Kampagne der Partei gegen den KOB.

Wie man an diesem Beispiel sehen kann, reagiert der reaktionäre Staatsapparat empfindlich auf konkrete Angriffe. (Die Opportunisten „kämpfen" ja lieber gegen SU-Imperialismus oder den § 218). Doch wir lassen uns durch solche Aktionen der Polizei nicht einschüchtern, im Gegenteil, wir haben daraus gelernt. Trotz der Hetze der Bourgeoisie gegen die „Sympathisantenszene" wird immer mehr Leuten die Faschisierung klar. Und auf diese Leute können wir uns auch stützen. Mögen viele jetzt auch nur aus Neugierde stehengeblieben sein, einigen ist der reaktionäre Charakter dieses Polizeistaats klarer geworden. Und es werden immer mehr.

Rot Front! Genossen aus Berlin

VERANSTALTUNGEN

Frankfurt: Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens zur Frankfurter Buchmesse, **mit albanischen Genossen als Gästen**, 15. 10., 19.30 Uhr im „Bildungs- und Kulturzentrum" Gebeschus, Höchst (Nähe Bahnhof Höchst/Nordausgang)

Frankfurt: Geselliger Abend der GFA, 16. 10, 19.30 Uhr, Kolpinghaus, Langestr. 26, Frankfurt-Mitte, (Nähe Zeil)

Kiel: Arbeitertref der KPD/ML für die Kollegen von HDW. Thema: Reisebericht aus Albanien. 6. 10., 19.30 Uhr, „Kleinkes Eck", Kiel-Gaarden

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

Das blaue Untersuchungsheft als Alibi für einen grossen Misstand

Es ist bekannt, daß Westdeutschland im Vergleich mit anderen selbst kapitalistischen Ländern eine sehr hohe Säuglingssterblichkeitsrate hat. Der Grund dafür ist nicht etwa, daß hier die Kinder kranker sind als anderswo, sondern, daß das System der ärztlichen Versorgung und Früherkennung schlecht ist. Diese Tatsache wird ja selbst schon in der bürgerlichen Presse kritisiert. Das Familienministerium hat nun vor einigen Jahren eine „einschneidende, soziale Reform" eingeführt: die kostenlosen (!) Vorsorgeuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder, die — man kann es kaum glauben — von der Kasse bezahlt werden, der man monatlich einen guten Teil seines Lohnes in den Rachen steckt.

Um diese Vorsorgeuntersuchungen ausnutzen zu können, kriegt man im Wochenbett einen Schein, mit dem der frischgebackene Vater zur Krankenkasse laufen kann (wobei ihm in der Regel ein Urlaubstag verloren geht) und sich dort ein blaues Untersuchungsheft für das neugeborene Kind aushändigen läßt. In diesem Heft sind dann für die jeweilige Untersuchung des Kindes Vordrucke mit bestimmten Fragen, und das liest sich auch ganz gut. Mein Kind ist jetzt eineinhalb Jahre alt und ich will hier berichten, was wir bis jetzt mit dem blauen Heft erlebt haben.

Bei der ersten Untersuchung wird ein auffälliger Befund eingetragen, weil das Kind eine winzige Mißbildung am unteren Rückenmarksende hat. Mit dem Spruch, es sieht harmlos aus, ich solle aber sofort zum Arzt, falls das 1 mm große Loch näßt, werden wir aus dem Krankenhaus entlassen. Später erfahre ich durch Arztgenossen, daß damit gemeint ist — falls Rückenmarksflüssigkeit austritt — was keineswegs harmlos gewesen wäre, sondern lebensgefährlich. Durch eine einfache Untersuchung hätte man diese Möglichkeit bereits im Krankenhaus ausschließen können.

Nun, es war wirklich nichts, das kleine Loch endet blind, und ich konnte mich auch darum kümmern, weil ich als Krankenschwester etwas Bescheid weiß. Ich frage mich nur, wie jemand, der nichts über Krankheiten weiß, mit sowas fertig werden soll, ob es eine Mutter feststellen soll, ob so ein kleines Loch überm Babyhintern näßt, wo das Kind doch immer naß ist in seinen Windeln...

Nach der dritten Vorsorgeuntersuchung und mehreren Arztterminen wegen Impfungen waren wir nun auf Seite vier des blauen Heftes angelangt. Kein Arzt hat das kleine Loch überprüft, und glaubt man den vorgedruckten Untersuchungsergebnissen, so entwickelt sich mein Kind vollkommen normal und ist kerngesund. Dabei haben sowohl der Kinderarzt als auch der Amtsarzt bei der Behörde die Fragen immer nur angekreuzt und mich einmal pauschal gefragt, ob irgendwas besonderes wäre.

Ich versteh ein bißchen was von Babys und wie ihre Reaktionen bei normaler Entwicklung sein müssen. So habe ich mir auch nicht viel dabei gedacht. Dabei muß man wissen, daß in den ersten Lebensmonaten die wichtigsten Störungen erkannt und sofort behandelt werden müssen wie Hör- und Sehbehinderungen, Haltungsschäden und Behinderungen im Bewegungsapparat.

Als mein Kind sieben Monate erreicht hatte, kam meine Schwester zu Besuch. Sie wickelte es und sagte: Die Pobacken sind schief, da stimmt was nicht. Zufällig hatte, als ich zum Kinderarzt ging, eine junge Ärztin Vertretung, weil er „auf Kongreß" ist. Sie stellte auf den ersten Blick einen Hüftschaden fest und überwies uns zum Röntgen.



Die Intensivstation einer Kinderklinik, oft die letzte Station für die Kinder — aufgrund mangelnder Vorsorge und schlechter ärztlicher Versorgung. Sogar die Zeitschrift „Stern", die dieses Bild veröffentlichte, muß zugeben, daß 90% solcher Risikofälle „vorhersehbar, oft sogar vermeidbar wären". Nur gibt der „Stern" zynischerweise auch noch den Müttern die Schuld an diesem Zustand.

Einen Tag später trägt mein Kind eine Spreizhose, für drei Monate. Damit werden die Beinchen gespreizt, um die Hüftpfannen besser auszubilden. Diese Maßnahme hätte bereits mit zwei, drei Monaten verordnet werden können mit größerem Erfolg. Es hat noch was genutzt, aber so hatte das Kind eine große Behinderung beim Sitzen und Laufenlernen. Wäre die Fehlentwicklung noch später festgestellt worden, wäre eine lebenslängliche Gehbehinderung die Folge gewesen.

Nun ist mein Kind eineinhalb und noch immer steht bei allen Fragen im blauen Heft, daß es kerngesund ist und immer war, daß auch nichts Besonderes zu beobachten sei. Die Entwicklung der Hüften muß allerdings sogar sehr streng beobachtet und röntgenkontrolliert werden. Dafür sorge ich jetzt selbst.

Den Kinderarzt habe ich natürlich gewechselt. Vor vier Wochen merkte ich, daß ich uns das hätte sparen können. Mein Kind war schwer gestürzt und hatte, wie sich später rausstellte, einen Schädelbruch. Sofort nach dem Sturz hatte ich bei dem Arzt angerufen, zwei Meter tiefer Sturz und große Schwellungen am Kopf, gefragt, ob ich sofort ins Krankenhaus fahren soll.

Die Antwort (etwas genervt — es war grad Mittagszeit): Keine Sorge, ich solle das Kind erstmal hinlegen und wenn's schläft, ist gut, sonst bitte zur Sprechzeit kommen. Eine telefonische Diagnose, die schlimme Folgen hätte haben können! Denn bei Schädelverletzungen ist sofortige Überwachung nötig und gerade tiefer Schlaf kann eine innere Blutung bedeuten. Ich habe auch den Hörer aufgeknallt und die Feuerwehr gerufen und das war gut so. Nun suchen wir den dritten Kinderarzt...

Dazu ist noch zu sagen, daß der nur in einem anderen Stadtteil sein kann, denn in unserem ist der Vorrat an Kinderärzten mit den beiden, von deren Fähigkeiten ich berichtet habe, erschöpft. Beide sind auch um die siebzig Jahre alt, können keine Hausbesuche machen wegen eigener Gebrechlichkeit, und der eine von ihnen kann wegen eines Schlaganfalls seit zwei Jahren nicht mehr sprechen. Es ist also durchaus verständlich, daß sie keine Diagnosen mehr stellen können.

Nicht verständlich ist aber, und auch nicht zu entschuldigen, daß sie noch ihren Beruf ausüben, daß sie verantwortungslos die Eltern guten Gewissens ihre Kinder bringen lassen. Und das ist nicht nur ihre persönliche Sache, sondern eine typische Angelegenheit des kapitalistischen Gesundheitssystems, in dem Ärzte „freie Unternehmer" sind, von niemand kontrolliert, niemand Rechenschaft schuldig. Indem man als Arzt mit 70 Jahren noch Kinder untersuchen darf (und dafür kassieren) oder gar noch operieren, obwohl einem die Hand zittert oder man nicht geeignet ist.

Sicher sind nicht alle Ärzte so, es gibt zahlreiche, die sich kaputt machen für ihre Patienten und die auch Schluß machen mit ihrem Beruf, wenn sie merken, es geht nicht mehr. Aber das System, das es erlaubt, mit der Krankheit Profit zu machen und schludrig zu arbeiten, fördert gerade in diesem Beruf auch Elemente, die zum Arzt wirklich nicht geeignet sind.

Und das blaue Vorsorgeheft für unsere Kinder bleibt dafür nur ein Alibi, zu vertuschen, wie's um die Vorsorge für unsere Kinder in diesem System steht. Wenn eine Mutter nicht zweimal im Jahr abhaken läßt, und das Kind hat dann was, dann kriegt sie große Vorwürfe zu hören und die Verantwortung zugeschoben. Wenn alles abgehakt ist, war's eben ein „Kunstfehler"...

Ich geh natürlich mit meinem Kind weiter zum Arzt und auch mit dem blauen Heft. Aber ich rate allen Eltern, kein blindes Vertrauen in jemand zu haben, der einen weißen Kittel trägt und den man gar nicht kennt. Kritisch sein, fragen, nicht abspeisen lassen, und wenn der Arzt nicht gründlich genug ist, zum nächsten gehen. Vertrauen in die eigene Kraft haben und sich selbst informieren.

Und eins ist klar: Solchen Ärzten, wie die beiden Kinderärzte hier im Norden Hamburgs, werden wir unter der Diktatur des Proletariats die Praxis dichtmachen, oder, noch besser, einen guten Arzt reinsetzen. Im Sozialismus werden die Ärzte besser ausgebildet, dort eingesetzt, wo sie gebraucht werden, und sie werden kontrolliert vom Arbeiter- und Bauernstaat und seinen Organen. Ein Arzt, der im Dienste der Werktätigen und mit Verantwortung seinen Beruf ausübt, hat da nichts zu befürchten, sondern wird Hilfe und Unterstützung kriegen. Und unsere Kinder werden anständig versorgt, behandelt und werden ein glückliches Leben führen, so wie es die Kinder in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien heute schon können, dem Land mit der niedrigsten Säuglingssterblichkeit Europas.

Weg mit dem Verbotsantrag!

Fortsetzung von Seite 1

Untermenschen", sondern von „Terroristen", „Chaoten" und „kriminellen Gewaltverbrechern", heute verfolgt man die Kommunisten nicht mehr im Namen der „Volksgemeinschaft", sondern im Namen von „Freiheit und Demokratie". Aber Freiheit und Demokratie für wen?

Freiheit für alte und neue Nazis!

Für sie, die alten und neuen Nazis, kennt „unsere Freiheit und Demokratie" wahrhaftig keine Grenzen. Das Gerede der Bonner Politiker von der „Verteidigung des Rechtsstaates gegen den Extremismus von rechts und links" ist ein Hohn auf die Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Wo faschistische Offiziere wie kürzlich in München ungestraft symbolische Judenverbrennungen durchführen können, wo schwer bewaffnete Faschistenbanden unter dem Schutz der Polizei ihre Kundgebungen unter Parolen wie „Rot Front verrecke" — „Tod dem Kommunismus" durchführen und Antifaschisten krankenhausreif schlagen können. Da beschwört niemand die „Solidarität der Demokraten", da schreit niemand nach dem Verbot. Warum auch? Dieses Gesindel übt ja seinen Terror gegen Arbeiter, gegen Antifaschisten und Kommunisten aus. Da könnten die Kapitalisten ja gleich ihre Polizei verbieten, besonders ihre „MEKs", im Volksmund Mordeinsatzkommandos genannt, die — natürlich im Namen von Freiheit und Demokratie — mit dem Gummiknüppel, mit Tränengas und immer häufiger auch mit Schußwaffen gegen die Werktätigen vorgehen.

Judaslohn für die DKP!

Aber auch unter den sogenannten „Linksextremisten" wissen die Kapitalisten sehr wohl zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Ausdrücklich ist die DKP vom Verbotsantrag der CDU gegen unsere Partei, gegen den KBW und die GRF (KPD) ausgenommen. Das ist kein Zufall. Das ist der Lohn dafür, daß die DKP sich an die Anweisungen hielt, die sie seinerzeit, als sie im Amtszimmer des damaligen Bundesjustizministers Heinemann gegründet wurde, bekam: nämlich als Agentur des Kapitals in den Reihen der Arbeiterbewegung Spaltung und Verwirrung mit ihrer Lüge vom „friedlichen Weg zum Sozialismus" zu betreiben, den Sozialismus in den Augen der Massen zu diskreditieren, indem sie das Arbeiter- und Bauerngefängnis im anderen Teil Deutschlands als „sozialistisch" anpreist, mit Hetzlügen und Terror gegen die wahren Marxisten-Leninisten, vor allem gegen Genossen unserer Partei vorzugehen.

Sollen sie die DKP unter ihre Fittiche nehmen! Wir beneiden die Herren Bachmann und Mies nicht um diese Schützenhilfe aus dem Lager des Klassenfeinds. (Und selbst den Bonner Politikern ist ja nicht ganz wohl dabei, die DKP so offen als ihren Schützling zu präsentieren.) Schließlich wird damit für jeden offensichtlich, was die Kapitalisten tatsächlich fürchten.

Sie fürchten den Marxismus-Leninismus

Weil der Marxismus-Leninismus die Weltanschauung der Arbeiterklasse ist, die Zusammenfassung der Erfahrungen der Arbeiterbewegung; weil er den Werktätigen die Augen öffnet über den Kapitalismus, der notwendigerweise Krisen, Massenarbeitslosigkeit, imperialistische Kriege und Faschismus hervorbringt; weil er ihnen zeigt, daß dieses kapitalistische System, in dem eine Handvoll Kapitalisten Millionen Werktätige ausbeuten und unterdrücken, zum Untergang verurteilt ist und die Zukunft dem Sozialismus gehört, wie er heute etwa in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien verwirklicht wird, weil er sie auf den Weg zur Überwindung dieser kapitalistischen Ausbeutergesellschaft führt, den Weg der gewaltsamen proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Weil sie Angst haben vor der proletarischen Revolution!

Ja, sie haben Angst vor einem revolutionären Aufstand der Arbeiterklasse, diese Herren. Auch wenn es heute in den Betrieben noch relativ ruhig ist, auch wenn es heute erst wenige sind, die aktiv mit unserer Partei für den Sturz dieses kapitalistischen Staates kämpfen, für ein Deutschland, das nicht mehr geteilt ist, in dem weder die Herren aus Moskau und ihre Ostberliner Marionetten, noch die Herren aus Washington und die westdeutschen Kapitalisten herrschen, für ein Deutschland, in dem die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit den Werktätigen die Macht ausübt, für ein vereintes, sozialistisches Deutschland, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist, in dem es zum ersten Mal in der deutschen Geschichte für das ganze deutsche Volk Freiheit und Demokratie gibt.

Zwar haben wir heute noch keine revolutionäre Situation, in der, wie Lenin es formulierte, „die unteren Schichten in alter Weise nicht leben wollen" und „die oberen Schichten in alter Weise nicht leben können". Aber sehen wir uns doch um: Wächst nicht die Unzufriedenheit und die Kampfbereitschaft in den Betrieben? Mehren sich nicht die Stimmen, die einen konsequenten, revolutionären Kampf gegen Lohndiktat, Arbeitshetze, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit fordern? Haben die reaktionären Gewerkschaftsführer nicht immer größere Schwierigkeiten, ihre klassenversöhnlerischen Parolen in den Betrieben an den Mann zu bringen? Wächst nicht bei immer mehr Kollegen die Einsicht, daß der Kapitalismus ihnen keine Perspektive mehr zu bieten hat?

Und die Herrschenden? Spricht es für ihr Vertrauen in das Volk, wenn sich ihre prominentesten Vertreter nur umgeben von einem Kordon von „Gorillas", von Leibwächtern in die Betriebe, auf die Straße, unter das Volk trauen? Zeigt es nicht ihre Nervosität, wenn sie als Reaktion auf die Entführung eines Kapitalisten, wie jetzt im Fall Schleyer, morgens, mittags und abends ihre „Krisenstäbe" tagen lassen, Nachrichtensperren verhängen usw. usf.? Und ist es schließlich ein Ausdruck ihres Sicherheitsgefühls, wenn sie, die immer behaupten, unsere Partei habe keinerlei Einfluß unter den Werktätigen, jetzt nach dem Verbot der KPD/ML schreien?

Nein, den Herrschenden fällt es immer schwerer, ihre bisherige Lebensweise und die bisherige Form ihrer Herrschaft aufrechtzuerhalten. Am liebsten ist es der Bourgeoisie, am stärksten ist sie, wenn sie den ungetrübten Schein einer persilweißen sogenannten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie aufrechterhalten kann. Aber so liegen die Dinge schon lange nicht mehr. Alles Gerede von der „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Ordnung" kann es nicht vertuschen:

Bonn nimmt Kurs auf den Faschismus!

Der Verbotsantrag gegen unsere Partei, gegen den KBW und die GRF (KPD) steht in einer Reihe mit zahllosen Maßnahmen und Gesetzen, mit denen die wenigen noch vorhandenen demokratischen Rechte des Volkes weiter abgebaut werden sollen: mit den Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter wie beim Druckerstreik im letzten Jahr, mit der Verschärfung des Betriebsverfassungsgesetzes, diesem Gesetz zur Knebelung der Arbeiter, mit politischen Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüssen, Berufsverboten; mit dem geplanten neuen Polizeigesetz, das den Todesschuß der Polizei und den Einsatz von Kriegswaffen gegen Streikende und Demonstrierende legalisieren soll; mit dem vor einem Jahr klammheimlich, hinter dem Rücken der Werktätigen verabschiedeten Gesetz gegen die Befürwortung revolutionärer Gewalt, das nicht nur die revolutionäre Agitation und Propaganda, sondern auch revolutionäre und fortschrittliche Kunst und Literatur ausschalten soll; mit der von allen Bonner Parteien geforderten faschistischen „Sicherheitsverwahrung" für Revolutionäre und Kommunisten usw. usf. Und schließlich haben sie ja die Notstandsgesetze, mit denen sie ganz legal eine faschistische, offen terroristische Diktatur über das Volk errichten können, schon seit Jahren in der Schublade.

Verhindert ein neues 33!

Es liegt allein an uns, den deutschen Arbeitern und Werktätigen, ein neues 33 zu verhindern! Von den Bonner Parteien, etwa der FDP oder der SPD, dem reaktionären DGB-Apparat oder der DKP haben wir nichts zu erwarten. Sie streiten lediglich — wie auch jetzt, wo es um das Verbot unserer Partei geht — darüber, *wie*, auf welchem Weg die Herrschenden die Werktätigen am besten niederhalten können. Sicher, dieser Kampf, der Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, wird Opfer kosten. Aber sollen wir diese Opfer scheuen, wenn wir sehen, daß die Krupp, Thyssen und Siemens alle Vorbereitungen treffen, um Deutschland noch einmal in Blut und Terror zu ersticken?

Unsere Partei, die KPD/ML, wird von ihrem Kampf für die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse niemals ablassen. Wir lassen uns durch kein Verbot aus den Betrieben, aus den Gewerkschaften, aus den Schulen, Universitäten und Kasernen vertreiben! Wir werden uns nicht, wie die revisionistischen Führer der KPD nach 56, aus Angst vor der Bourgeoisie vom Klassenkampf zurückziehen und, statt die Kapitalisten zu bekämpfen, bei ihnen um die Legalität betteln. Im Gegenteil!

Wir haben uns niemals Illusionen über den Haß der Bourgeoisie auf die KPD/ML gemacht, wir sind auf ein solches Verbot vorbereitet und werden unseren Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland unbeirrt weiterführen. Trotz Verbot! Schließlich kämpft unsere Partei im anderen Teil Deutschlands, die KPD/ML Sektion DDR, seit ihrer Gründung vor 1 1/2 Jahren in tiefer Illegalität. Schließlich war auch die Partei Lenins und Stalins verboten und hat trotz Verbot den Zarismus gestürzt und das erste sozialistische Land der Welt errichtet. Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten — nirgendwo auf der Welt und auch nicht bei uns!

Weg mit dem Verbotsantrag!

Natürlich heißt das nicht, daß wir uns von den Herrschenden so einfach verbieten, uns die legalen Möglichkeiten unseres Kampfes so einfach nehmen lassen. Wir denken nicht daran und werden um jeden Fingerbreit Legalität kämpfen! Dieser Kampf hat bereits begonnen. Angesichts der Verbotsdrohung hat unsere Partei zusammen mit dem KBW und der GRF (KPD) eine Aktionseinheit geschlossen, die am 8. 10. 77 zu einer Demonstration in Bonn aufruft. Damit kann die Bourgeoisie ihre Hoffnungen begraben, bei ihrem Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse von den bekannten, schwerwiegenden Widersprüchen zwischen unserer Partei, dem KBW und der GRF (KPD) profitieren zu können. Genauso kann sie aber auch eventuelle Hoffnungen schon jetzt begraben, mit ihrem Gerede von den „K-Gruppen" darüber hinwegtäuschen zu können, daß es in Deutschland nur eine kommunistische Partei gibt: unsere Partei, die KPD/ML. Diese Tatsache können auch ihre Verbotsdrohungen nicht aus der Welt schaffen.

Die Aktionseinheit, der gemeinsame Kampf von KPD/ML, KBW und GRF (KPD) ist ein großer Erfolg. Aber sie allein kann den Verbotsantrag nicht zu Fall bringen. Dieser Angriff der Reaktion richtet sich nicht nur gegen die drei betroffenen Organisationen. Er ist eine Herausforderung für die Arbeiterklasse und jeden Antifaschisten. Deshalb rufen wir alle Arbeiter, alle Jugendlichen, alle demokratisch und antifaschistisch gesinnten Menschen auf: Kämpft mit uns gegen den Verbotsantrag gegen KPD/ML, KBW und KPD!

Weg mit dem Verbotsantrag!

Freiheit für die revolutionäre Agitation und Propaganda!

Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten!

Zur Aktionseinheit von KPD/ML, KBW, KPD

Am 26. 9. beschloß der CDU-Vorstand einen Verbotsantrag gegen unsere Partei, den KBW und die GRF (KPD) über den Bundesrat einzubringen. Bereits einen Tag später, am 27. 9., veröffentlichten KBW, GRF und unsere Partei einen gemeinsamen Aufruf zur Kundgebung in Bonn am 8. Oktober. Das schnelle Zustandekommen dieser Aktionseinheit hält unsere Partei für einen wichtigen Erfolg im Kampf gegen den Verbotsantrag.

Dieses schnelle Zustandekommen der Aktionseinheit zwischen unserer Partei und den beiden anderen Organisationen, die in dem Vorstandsbeschluß der CDU unmittelbar mit dem Verbot bedroht werden, ist der Beweis dafür, daß diese Organisationen trotz aller bestehenden Differenzen in dieser Frage zum gemeinsamen Vorgehen gegenüber dem Klassenfeind in der Lage sind. Diese Tatsache wird zweifellos auf die revolutionäre und fortschrittliche Bewegung unseres Landes eine ermutigende und mobilisierende Wirkung haben.

Das schnelle Zustandekommen der Aktionseinheit wird seine Wirkung auch auf die Bourgeoisie und ihre Handlanger in Bonn nicht verfehlen. Sicher waren die Widersprüche, die zwischen der Partei und den anderen Organisationen bestehen, ein Teil ihres Kalküls. Sicher hofften sie, diese schwerwiegenden Widersprüche würden ein gemeinsames Vorgehen gegen den Verbotsantrag verhindern. Die innerhalb von 24 Stunden geschlossene Aktionseinheit hat diese Rechnung zunächst einmal durchkreuzt. Die vom CDU-Vorstand ausgestoßenen Verbotsdrohungen sind gerade wenige Tage alt, und schon steht der Bourgeoisie in Bonn eine große Massendemonstration ins Haus. Das wird es der Bourgeoisie und ihren Bonner Parteien nicht gerade erleichtern, sich auf ein einheitliches Vorgehen gegen uns zu einigen.

Die Widersprüche, die innerhalb der Bourgeoisie, zwischen den bürgerlichen Parteien und auch innerhalb der Parteien über die zweckmäßigste Form des Kampfes gegen die Kommunisten bestehen, spielen bei der Frage, ob die Verbotsdrohungen zurückgeschlagen werden können, nur die zweite Geige. Viel wichtiger ist, daß es gelingt, eine breite Kampffront gegen den Verbotsantrag herzustellen. Die Aktionseinheit zwischen unserer Partei, dem KBW und der GRF (KPD) kann dazu nur der erste Schritt sein. Daß dieser erste Schritt so schnell zustande gekommen ist, ist ausgezeichnet und zugleich die beste Voraussetzung dafür, daß eine breite Front von Kommunisten, Demokraten und Antifaschisten gebildet werden kann. In diesem Sinne sind die Kundgebung in Bonn und der gemeinsame Aufruf der drei unmittelbar von dem Vorstandsbeschluß der CDU betroffenen Organisationen nur Auftakt des Kampfes gegen den Verbotsantrag.

Alles in allem sind die Aktionseinheit und die Kundgebung in Bonn eine richtige Antwort auf diesen Vorstoß der Reaktion. Davon völlig unberührt bleibt die Tatsache, daß unsere Partei sowohl zum KBW als auch zur GRF tiefgehende Widersprüche hat, die nicht irgendwelche zweitrangigen taktischen Fragen, sondern Kernpunkte des Marxismus-Leninismus betreffen. Unsere Partei denkt auch nicht unter dem Einfluß von Verbotsdrohungen daran, diese prinzipiellen Widersprüche unter den Teppich zu kehren. Die Bourgeoisie schwadroniert von „K-Gruppen", wir nicht. Es gibt nur eine kommunistische Partei, und in diesem Land ist das die KPD/ML und niemand sonst. Im Kampf gegen den Klassenfeind, gegen diesen Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse gilt es, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten gilt es, jeden, der für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus kämpfen will, davon zu überzeugen, daß nur die KPD/ML in Deutschland den Marxismus-Leninismus entschieden verteidigt und auf die Bedingungen unseres Landes anwendet.

Im gemeinsamen Aufruf heißt es: „KBW, KPD und KPD/ML haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, die zu einer breiten Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen aufruft." Dieser Satz sollte nicht in dem Sinne mißverstanden werden, als hätte unsere Partei mit dem KBW und der GRF eine Art „kommunistischen Block" gebildet, der nun als Block eine Politik der Aktionseinheit betreibt. Eine solche Interpretation dieses Satzes hat mit den Vorstellungen unserer Partei nichts zu tun. Wir haben nicht mehr und nicht weniger getan, als gemeinsam mit KBW und GRF den ersten Schritt auf dem Weg der Aktionseinheit zu machen. Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen. Weitere revolutionäre und antifaschistische Kräfte müssen für die Aktionseinheit gewonnen werden, damit die Verbotsbestrebungen der Bourgeoisie zurückgeschlagen werden können.

Gemeinsamer Aufruf von KPD/ML, KBW, KPD

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML. Aufruf zur Kundgebung: 8. Oktober auf dem Rathausplatz in Bonn

Am Montag, den 26. 9. hat der Bundesvorstand der CDU beschlossen, daß die CDU-regierten Länder einen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) im Bundesrat einbringen sollen.

Dieser Vorstoß ist ein schwerer Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und auf den Marxismus-Leninismus, ihre wissenschaftliche Theorie. Die Kommunisten sollen illegalisiert werden, weil sie das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution, die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die klassenlose Gesellschaft verfechten. Der Vorstoß der CDU ist Bestandteil der Flut reaktionärer Maßnahmen, wie die Berufsverbote, der Gewaltparagraph 88a, die Einschränkung der Verteidigerrechte und die Pläne für ein einheitliches Polizeigesetz, mit der die Bourgeoisie die demokratischen Rechte des Volkes beseitigt. Zusammen mit den Kommunisten sind alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte von diesem Vorstoß betroffen, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes unterstützen und dafür im Kampf stehen. Gegen die DKP, Agentur der westdeutschen Bourgeoisie und des sowjetischen Sozialimperialismus, stellt der CDU-Vorstand keinen Verbotsantrag, damit die Bourgeoisie sie jetzt noch wirkungsvoller als Spalter in der Arbeiterklasse einsetzen kann.

KBW, KPD und KPD/ML haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, die zu einer breiten Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen aufruft. Im festen Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse und der Volksmassen werden Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten gemeinsam diesem Angriff der Bourgeoisie entschlossen entgegentreten und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse verteidigen.

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Für den 8. Oktober rufen wir gemeinsam für eine Kundgebung auf dem Rathausplatz in Bonn auf.

Weg mit den Verbotsanträgen!

Alle zur Kundgebung gegen den geplanten Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse!

Aus aller Welt

GENF

Internationale Konferenz der Indianer

Vertreter von rund 100 Indianerstämmen trafen sich in Genf zu einer Konferenz, die in der letzten Woche zu Ende ging. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Diskriminierung, der die Indianer in den Vereinigten Staaten auch heute noch ausgesetzt sind. Die anwesenden Delegierten erhoben schwere Vorwürfe gegen die US-Regierung. So waren in der letzten Zeit zum Beispiel 25.000 Indianerinnen ohne ihr Wissen sterilisiert worden. Angesichts der Tatsachen, die präsentiert wurden, wagte es Washington nicht, diese planmäßige Ausrottungskampagne zu leugnen. Scheinheilig erklärte ein Sprecher des Weißen Hauses: „Präsident Carter besteht darauf, daß die USA über alle Verletzungen der Menschenrechte diskutieren, wo auch immer sie stattfinden.“

Der Indianer-Führer Russell Means sagte darauf, man werde „Die Menschenrechtsfrage Präsident Carter in den Rachen stopfen.“ Versprechungen haben die nordamerikanischen Indianer schon genug zu hören bekommen. Aber gebessert hat sich an ihrer Lage nichts. Im Gegenteil, heute sind beispielsweise in Arizona 60% der Indianer arbeitslos. Und viele von denen, die in den Reservaten leben, sind, wie auf der Konferenz in Genf berichtet wurde, von der Vertreibung bedroht. Denn in vielen dieser Reservate sind Rohstoffvorkommen wie zum Beispiel Kohle entdeckt worden. Und die großen US-Monopole eignen sich rücksichtslos dieses Land an. Was kümmert es sie, daß dadurch die Existenz von Tausenden Indianer-Familien vernichtet wird?

Und die Regierung in Washington? Sie unternimmt alles, um den Widerstand der Indianer gegen Vertreibung, gegen Diskriminierung und Unterdrückung zu brechen. Ein Beispiel für den Terror der amerikanischen Staatsorgane ist der Fall des Indianerführers Leonard Crow Dog, der sich aktiv für die Rechte seines Volkes eingesetzt hatte. Seine Wohnung wurde vor zwei Jahren von über 100 FBI-Leuten überfallen und verwüstet, seine Familie wurde zusammengeschlagen und er selbst ins Gefängnis geworfen. In diesem Jahr konnte Leonard Crow Dog freigekämpft werden, aber andere Indianer sind genauso wie Hunderte Schwarze aufgrund von erfundenen Beschuldigungen eingekerkert.

Das Land des Menschenrechtsapostels Carter ist nach wie vor ein Land der grausamen Entrechtung und Diskriminierung der farbigen Minderheiten. Diese Tatsache kann von all den frommen Sprüchen aus dem Weißen Haus nicht aus der Welt gebracht werden. Die Afroamerikaner, die Indianer, Puertoricaner usw. haben sich zum Kampf gegen die rassistische Unterdrückung erhoben, einem gerechten Kampf, in dem sie die breite Unterstützung der amerikanischen Werktätigen finden.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten antworten mit neuen Aktionen auf die brutale Verfolgungskampagne, die die britischen Besatzungstruppen in enger Zusammenarbeit mit den einheimischen reaktionären Elementen neulich begonnen haben. Die Patrioten griffen vor kurzem einen Militärposten an und töteten bzw. verwundeten dabei etliche britische Soldaten. Allein am vorletzten Sonntag explodierten in einigen nordirischen Städten 40 Sprengkörper in verschiedenen feindlichen Objekten. Die Patrioten hatten Sprengladungen in Belfast, Derry und Carrigcurkest gelegt. Die ständigen Aktionen der nordirischen Patrioten beweisen eindeutig ihre Entschlossenheit, den Kampf zur Verjagung der britischen Besatzer aus ihrem Land bis zum Ende zu führen.

AZANIA

Gegenwärtig erleben die Kämpfe der azanischen Werktätigen und Jugendlichen einen neuen Aufschwung. Einer der Anlässe dafür ist die Ermordung des Studentenführers Steve Biko. Inzwischen hat auch die südafrikanische Presse zugeben müssen, daß Biko nicht, wie von den Rassistenbehörden behauptet, an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben ist, sondern daß er von den faschistischen Gefängnisschergen erschlagen wurde.

Das Vorster-Regime versuchte mit Terror und Gewalt zu verhindern, daß die Azanier das Begräbnis Bikos zu einer großen Bekundung ihres Freiheitswillens machten. So wurden in Soweto die Busse, die zum Begräbnis fahren sollten, von Polizeitruppen umstellt und an der Abfahrt gehindert. Bei den Kämpfen, die sich entwickelten, machte die Rassisten-Polizei von der Schußwaffe Gebrauch und verhaftete über 100 Personen. Andere Busse wurden von Zivilpolizisten besetzt, die mit schweren Peitschen auf die Azanier einschlugen und mehrere Frauen vergewaltigten. Ihre faschistische Fratze zeigte die Vorster-Polizei auch bei ihren Einsätzen in den Gettos von Soweto und Dimbaza, wo zwei azanische Werktätige ermordet wurden.

Die Volksmassen setzten den Polizeitruppen mutigen Widerstand entgegen. In King Williamstown, dem Ort des Begräbnisses von Biko, wurden zwei Polizisten während dieser Kämpfe gesteinigt. In mehreren Fällen kämpften die azanischen Patriot'en auch mit der Waffe in der Hand. So verlautet, daß bei einem Zusammenstoß in der Stadt Soweto eine azanische Kampfgruppe mehrere Polizisten tötete.

Daneben hat auch der Kampf der schwarzen Schüler und Studenten sich sprunghaft ausgeweitet. Die 27.000 Hauptschüler von Soweto boykottieren aus Protest gegen das Rassisten-Regime schon seit drei Monaten den Unterricht. In den letzten Tagen sind auch die Schüler in den Gettos von Kwa Thema, Duduza und Mamelodi in den Schulstreik getreten. All diese Tatsachen zeigen, daß der faschistische Terror des Vorster-Regimes den Kampfwillen des azanischen Volkes nicht brechen kann.

INDIEN

Im indischen Staat Bihar protestierten Tausende Werktätige gegen die Gewalt, die Raubzüge und Angriffe der organisierten Polizeibanden, die den Bauern auch das wenige Land, das sie besitzen, wegnehmen. Um die Demonstranten auseinanderzutreiben, wurde ein großes Polizeiaufgebot eingesetzt. Die Polizisten gingen mit Schußwaffen gegen die Werktätigen vor. Dabei ermordeten sie vier Demonstranten, Dutzende andere wurden verletzt. Aber die Werktätigen ließen sich nicht einschüchtern. Sie setzten die Aktionen fort und lieferten der Polizei Straßenkämpfe. Nachdem sich diese Kämpfe immer mehr über den ganzen Staat Bihar ausbreiteten, verhängten die reaktionären Behörden den Ausnahmezustand.

Neue SALT-Verhandlungen

Abrüstungstheater und Kriegshysterie

„Fortschritte bei den SALT-Verhandlungen.“ So stand es in den Zeitungen. Über eine Stunde lang hatte der russische Außenminister Gromyko mit dem Chef des Weißen Hauses, Carter, zusammengesessen. Und beide Herren waren bemüht, diesem Treffen einen historischen Glanz zu geben. So, als hätte sie gerade zum Wohle der Menschheit einen wichtigen Schritt zur Beendigung des Wettrüstens gemacht. Fortschritte? Nach sieben Jahren Verhandlungen über die „Beschränkung der strategischen Waffen“, SALT genannt, nachdem sich die Diplomaten der beiden Supermächte zu diesem Zweck mehr als 200 Mal in Genf, Wladiwostok, Washington und anderswo getroffen hatten, beschlossen Carter und Gromyko jetzt nicht mehr und nicht weniger, als mit den Verhandlungen fortzufahren. Nach sieben Jahren ist SALT I abgeschlossen, nun wollen Moskau und Washington SALT II einläuten.

Und die Ergebnisse? Da hatten die Herren allerdings nichts vorzuweisen. Der große Durchbruch sei es eben noch nicht gewesen, bemerkte Carter. Sehen wir uns nur einmal an, was die Supermächte in diesen sieben Jahren SALT-Verhandlungen zu Papier gebracht haben. Zunächst die Frage der "Beschränkung" der Atomwaffen, um die es ja nach ihren Worten bei der ganzen Sache geht. 2.400 strategische Trägerwaffen haben sie sich gegenseitig zugestanden, darunter 1.320 mit Mehrfachsprengköpfen. Aber weder die eine noch die andere Supermacht verfügt heute schon über dieses Potential, die Systeme mit Mehrfachsprengköpfen sind sogar erst in der Entwicklung. Wie kann man da also von Beschränkung sprechen? Es geht doch um die Aufstockung des riesigen Waffenarsenals.

Es geht darum, die alten durch neue, immer perfektere Vernichtungswaffen zu ersetzen. So entwickeln die Pentagon-Strategen gegenwärtig eine Rakete, die 14 Atomsprengköpfe freisetzen kann. Und wie gesagt, laut SALT-Vereinbarungen können sie 1.320 solcher Raketen bauen. Was das konkret bedeutet, kann man daran ermessen, daß allein 600 Sprengköpfe ausreichen würden, um die Sowjetunion bzw. die USA in Schutt und Asche zu bomben.

Das sind die Tatsachen. Aber die Breschnew und Carter, die Gromyko und Vance reden weiter von einer „Beschränkung der strategischen Waffen.“ „Und natürlich sind es nicht nur die Atomraketen, deren Zahl unter diesem falschen Titel einer sogenannten Beschränkung ins Unermeßliche wächst. Das Heer der Vernichtungs-Experten in den Stäben der beiden Militärblöcke plant, entwickelt ständig neue Kriegswaffen. Da ist z. B. der russische Schwenkflügelbomber „Backfire“, da sind die amerikanischen unbemannten Flugkörper „Cruise Missile“, da ist schließlich die Neutronenbombe, deren Entwicklung jetzt auch Moskau angekündigt hat. Das sind alles Waffen, die von den SALT-Verhandlungen überhaupt nicht berührt werden, obwohl natürlich Washington gerne die russischen Waffen zum Gegenstand des SALT-Schachers machen möchte und umgekehrt.

Wenn also das Fazit aus den sieben Jahren und den Hunderten Treffen dieser „Abrüstungsverhandlungen“ gezogen wird, so ist es klar und eindeutig, der Bestand der beiden Supermächte an Atomwaffen hat sich während dieser Zeit verzwanzigfacht. Und dann stellen sich Carter und Gromyko vor die Fernsehkameras, verkünden strahlend den Beginn einer ganz neuen Epoche der Entspannung und Abrüstung, nämlich den Beginn von SALT II. Aber wer soll ihnen denn noch ihre angemaßte Rolle als Friedensapostel abnehmen? Die Völker sehen sehr wohl, daß sich unter dem Mäntelchen der Abrüstungskonferenzen und Friedensverhandlungen ein immer größeres Waffenarsenal in den Händen der Supermächte ansammelt, erleben, wie beide aggressiven Militärblöcke in nie gekanntem Maße aufgerüstet werden, spüren die Last der ständig steigenden Rüstungshaushalte — in der Bundesrepublik schon über fünfzig Milliarden Mark — auf ihren Schultern.

Deshalb versuchen die Supermächte und ihre Verbündeten jetzt verstärkt in die Offensive zu gehen, indem sie die immer bedrohlichere Aufrüstung als das ureigenste Interesse der Völker hinstellen. Eine „Dienstleistung“ des Staates für die westdeutschen Werktätigen nennt etwa der Bonner Kriegsminister Leber zynisch die Aufrüstung der Bundeswehr. Und er läßt gegenwärtig auf der Wahner Heide bei Köln den ganzen Militärapparat der drittstärksten Kriegsmacht der Welt vorführen, vom Leopard II bis zum Tornado. Was damit bezweckt wird? Die Steuerzahler sollen sehen können, was mit ihrem Geld geschieht, sagt Laber. Ja, die Werktätigen, auch diejenigen, die nicht in der Bundeswehr dienen müssen, sollen sich an diesen Militärapparat gewöhnen, sollen an das „Gleichgewicht des Schreckens“ glauben. Daran, daß nur ein noch weiteres Anziehen der Rüstungsschraube den Frieden sichern würde. Wobei jeder Militärblock die eigene Aufrüstung damit begründet, daß er mit dem anderen Block gleichziehen müßte, daß er genausoviel und möglichst noch ein bißchen mehr an Mannschaften, an Militärstützpunkten, von dieser oder jener Waffe haben müßte.

So versuchen die beiden Supermächte mit zwei Methoden die Völker zu betrügen und vor den Karren ihrer Kriegsvorbereitungen zu spannen. Die eine ist die des Friedenstheaters, das sie auf ihren Abrüstungskonferenzen spielen. Dadurch wollen sie die Völker einschläfern, Illusionen bei ihnen darüber erwecken, daß sich die drohende Kriegsgefahr ausgerechnet von den Hauptkriegstreibern aus der Welt schaffen läßt. Die andere Methode ist die der Einschüchterung, indem das „Gleichgewicht des Schreckens“ beschworen und in düsteren Farben ausgemalt wird, wie sehr sich dieses Gleichgewicht schon zugunsten der einen oder der anderen Militärmacht verschoben habe.

Unter denen, die solche Schreckensbilder ausmalen, ist der belgische NATO-General Close zu trauriger Berühmtheit gelangt. Sein Buch mit dem programmatischen Titel „Europa ohne Verteidigung“ stellt den hochgerüsteten westlichen Kriegsblock als ein schwaches Gebilde hin, das beim ersten Ansturm aus dem Osten umgeblasen würde. Innerhalb weniger Tage könnten die Panzer-Verbände des Warschauer Pakts die Elbe überschreiten und bis zum Atlantik vorrücken. Leute wie Close oder auch der CDU-Wehrexperte Wörner, der jetzt in der Begleitung einiger Generäle, die sich ihre Tressen schon unter Hitler erdient haben, die Volksrepublik China bereist, Leute wie sie wenden sich demagogisch gegen die sogenannte Entspannungspolitik. Sie fordern mehr Härte gegenüber dem russischen Militärblock.

Im Klartext heißt das: noch mehr Mannschaften und Waffen, konventionelle wie nukleare für die NATO. Aber damit schreien sie nur laut heraus, was die von ihnen Angegriffenen sogenannten Entspannungspolitiker ohnehin tun, nämlich die Rüstung noch weiter hochpeitschen. Und geht es ihnen etwa um den Schutz Westeuropas vor einem Überfall der Sozialimperialisten wie sie ständig behaupten? Nein, sie führen die „Verteidigung“ zwar ständig auf den Lippen, aber tatsächlich geht es ihnen um nichts anderes als um die Stimmungsmache für die nackte Aggression. Sehen wir uns nur die Debatte an, die diese Leute in der letzten Zeit um die sogenannte Raumverteidigung entfacht haben. Sie verweisen dramatisch auf die geringe räumliche Tiefe der Bundesrepublik, die von der NATO zum Hauptaufmarschgebiet gemacht wurde, und erklären ganz unverhohlen, daß Westdeutschland nur östlich der Elbe verteidigt werden könnte. Heute machen diese NATO-Strategen noch die Einschränkung: im Fall einer russischen Aggression. Aber wer heute offen die „Verteidigung“ jenseits der Landesgrenzen propagiert, der wird morgen nach einem Präventivschlag schreien, um dieser Aggression vorzubeugen.

Diese unverhüllte Kriegspropaganda der Close, Wörner und Co. stößt auf den Abscheu aller Menschen, die sich ernsthaft den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und ihrer Blöcke entgegenstellen. Nicht so bei den Vertretern der konterrevolutionären „Drei-Welten-Theorie“, die sich ja nicht genug als Antihegemonisten, als Streiter gegen die Kriegsgefahr aufspielen können. So vertreibt die Gruppe Rote Fahne das Machwerk des Generals Close an ihren Büchertischen und wird nicht müde, in das Gejammer über die Sowjetunion als „vielfach überlegener Gegner“ (Rote Fahne), die Schwäche der NATO usw. einzustimmen.

Für diese Leute ist auch die Quelle der gegenwärtigen Kriegsgefahr nicht das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Nein, die Kriegsgefahr, so schreien sie im Chor mit den reaktionären NATO-Strategen, ist heute die Gefahr eines russischen Überfalls auf Westeuropa. Und so fallen sie auch in das demagogische Geschrei gegen die sogenannten „Beschwichtigungspolitiker“ ein. Sie tun so, als ob die Chefs der westlichen imperialistischen Regierungen vor dem Expansionsdrang Moskaus zurückweichen, als ob sie den Kopf in den Sand stecken und ihre Positionen den russischen Sozialimperialisten kampflos räumen würden. Die GRF-Führer versuchen noch, ihre Parteinahme für die reaktionären NATO-Strategen hinter einem Wal von radikalen Phrasen zu verbergen.

Manche ihrer Freunde dagegen halten nicht einmal das mehr für nötig. Sie reden unverhüllten Klartext. Ihr Antwort auf die wachsende Kriegsgefahr heißt, wie es ein Blatt der „Drei-Welten-Richtung“ ausdrückte: „Die NATO stärken, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten stärken, die westeuropäische Union stärken. Und in demselben Blatt wird ganz offen die aggressive „Vorwärtsstrategie“ der NATO unterstützt, wenn es heißt, daß Westdeutschland auch „jenseits seiner Grenzen und sogar auf Feindesland“ verteidigt werden muß.

Ist es da verwunderlich, daß diese Leute die amerikanischen Imperialisten nicht wegen ihrer Verbrechen kritisieren, nicht wegen Vietnam und nicht wegen Chile, sondern nur deswegen, daß sie angeblich den russischen Imperialisten gegenüber zu lasch, zu beschwichtigend auftreten? Aber was ist eine solche Haltung anderes als die nackte Kriegshetze? Diese Leute führen den Kampf gegen den Sozialimperialismus, den sie dauernd beschwören, nicht vom Boden des internationalen Klassenkampfes aus, sondern vom Boden der Kumpanei mit der amerikanischen Supermacht. Sie sind kein Glied in der Front gegen die Kriegsgefahr, sondern zu Söldnern des einen Hauptkriegstreibers abgesunken. Ihnen gegenüber halten die wahrhaften Kommunisten und Antiimperialisten daran fest, daß nur durch den revolutionären Zusammenschluß der Völker gegen alle Kriegstreiber, die östlichen wie die westlichen, gegen die einheimischen Unterdrücker, der Frieden errungen werden und eine wirkliche Befreiung erkämpft werden kann.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

KP Spaniens/ML

Nieder mit der "Theorie der drei Welten"

Der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML), der vor einiger Zeit stattgefunden hat, verurteilte und entlarvte in seiner Analyse der internationalen Lage unter anderem die „Theorie der drei Welten", die er als eine Theorie bezeichnete, die den Klassenkampf als Triebkraft der Geschichte und den Charakter unserer Epoche als Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen leugnet.

In dem Bericht an den Parteitag über die sogenannte „Drei-Welten-Theorie" wird unter anderem festgestellt, daß es wichtig ist, diese Theorie eingehend zu analysieren, weil davon, ob man diese Theorie annimmt oder ablehnt, im wesentlichen die Taktik und Strategie der marxistisch-leninistischen Parteien abhängt. „Wir bestehen darauf", heißt es im Bericht, „daß unsere Epoche die Epoche des sterbenden Kapitalismus ist, die Epoche der Zerschlagung des Imperialismus, die Epoche der proletarischen Revolutionen. Wir betonen daher, daß in dieser Epoche das Proletariat die führende Kraft ist, unabhängig von den Veränderungen, die sich in dem einen oder dem anderen Land ergeben. Diese Epoche ist, wie Lenin völlig zurecht betonte, der Imperialismus als der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Wenn wird uns gestützt auf Lenin und Stalin mit den Welten beschäftigen, so sehen wir, daß sie nur von zwei Welten und nicht von drei Welten sprechen, von dem kapitalistisch-imperialistischen System und der neuen Welt des Sozialismus.

Der Ursprung und die Ziele der „Drei-Welten-Theorie", heißt es im Bericht des II. Parteitags der PCE/ML, „sind revisionistisch und antikommunistisch. Es gibt Leute, die nicht gerne eine offene Sprache sprechen. Wir können aber nichts anderes tun, wenn es um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus geht, wenn es darum geht, den Völkern die Abweichung vom Weg der Revolution zu erklären, die in dieser Theorie enthalten ist. Die Marxisten-Leninisten sind der Auffassung, daß die beiden Supermächte gemeinsam oder einzeln, in Zusammenarbeit oder im Kampf miteinander, mit ihren jeweiligen Blöcken die Feinde der Völker und im gleichen Maße gefährlich und aggressiv sind. Es ist die Aufgabe jeder Partei, konkret festzustellen, welche von beiden oder ob beide auf einmal in den einzelnen Ländern herrschen und die Massen ausbeuten und unterdrücken.

Feinde sind auch die Monopolbourgeoisie, die Reaktion in allen ihren Spielarten sowie der Revisionismus und der Opportunismus in all seinen Formen und Schattierungen. Nach Auffassung der Theoretiker der „drei Welten" sind nicht das Proletariat, die Völker und ihre organisierte Vorhut die Hauptkräfte im Kampf gegen den Imperialismus und die Bourgeoisie. Sie leugnen auch die Existenz und die Kraft der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder. Sie greifen sie an und lassen sie außer acht. Die besten und konsequentesten Kämpfer gegen die beiden Supermächte sind angeblich Ultrareaktionäre wie Pinochet, Mobuto, Videla, Geisel und andere, die sich unter dem Einfluß oder unter dem Befehl der einen oder beider Supermächte befinden.

Die Opportunisten", heißt es im Bericht ferner, „lassen die hauptsächlichen Widersprüche unserer Epoche außer acht und konzentrieren sich mehr auf einen von ihnen. Sie versteigen sich sogar dazu, die NATO zu beschönigen, die ein reaktionärer und aggressiver, von den USA beherrschter und kontrollierter Militärblock ist. Ihnen zufolge sollen die Völker der Welt ihre Regierungen dazu bringen, zur NATO zu halten und sie zu stärken. Sie gehen so weit, die ultrareaktionäre Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu beschönigen und als fortschrittliche Kraft auszugeben, die sich den Hegemoniebestrebungen der UdSSR entgegenstellt. Die EWG ist aber ein Bündnis der europäischen Großmonopole, um nicht nur die Völker Europas, sondern die der ganzen Welt besser auszubeuten und unterdrücken zu können. Die USA sind zwar offiziell nicht in der EWG, sie beeinflussen sie aber, auch wenn sie dabei auf Widersprüche stoßen."

Die PCE/ML verweist aber darauf, daß die nationale Unabhängigkeit eine sehr wichtige Frage ist, die kein Marxist-Leninist außer acht lassen oder beiseiteschieben darf. „Unsere Partei", heißt es im Bericht an den II. Parteitag der PCE/ML weiter, „wird nach wie vor vorbehaltlos die Befreiungskämpfe der Völker und ihre Kämpfe für nationale Unabhängigkeit unterstützen, ebenso wie die Kämpfe für die Befreiung vom Joch der Supermächte oder des Imperialismus überhaupt. Wir verfallen aber nicht in den opportunistischen Fehler, daß wir uns auf die eine oder andere Supermacht stützen, um die andere zu bekämpfen, unter dem Vorwand, auf diese Weise den Kampf der Völker für die nationale Unabhängigkeit zu unterstützen. Wir lehnen die „Drei-Welten-Theorie" ab und sind gleichzeitig auch gegen die Theorien der ‚Blockfreiheit', da diese Theorien und Benennungen den zentralen Punkt, d. h. den Klassenkampf als Motor der Geschichte, verwischen, weil diese Theorien, wie Genosse Enver Hoxha betont hat, bei den breiten Massen die Illusion schaffen, man hätte einen Unterschlupf gefunden, um sich vor der Bedrohung durch die Supermächte zu schützen."

Im Bericht wird hervorgehoben, daß die PCE/ML die „Theorie der drei Welten" ablehnt, weil sie den Klassenkampf als Motor der Geschichte, den Charakter unserer Epoche und die Rolle des Proletariats als führende Kraft in der Revolution leugnet. Sie ignoriert die wesentlichen Widersprüche und reduziert sie auf einen einzigen. Diese Theorie betont die Notwendigkeit des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus als Feind der Völker der Welt, läßt aber den Kampf gegen den USA-Imperialismus weg, sie beschönigt die NATO, die EWG und fordert die Völker auf, den Kapitalismus dabei zu unterstützen, seine bürgerliche Armee zu verstärken.

„Mit der Propaganda für das Bündnis der ‚zweiten Welt' mit der ‚dritten Welt' ", wird im Bericht an den II. Parteitag der PCE/ML unterstrichen, „propagieren die Vertreter der ‚Drei-Welten-Theorie' das Bündnis der unterdrückten Völker mit den alten und neuen neokolonialistischen Kräften. Ihre Urheber sprechen von der Notwendigkeit, die zwischenimperialistischen Widersprüche auszunützen. Sie vergessen aber dabei, daß diese Widersprüche im Dienst der Revolution ausgenutzt werden müssen und nicht umgekehrt.

Die ‚Drei-Welten-Theorie' verwischt die Rolle der revolutionären Bewegung, der Kämpfe der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern und die Rolle der proletarischen Revolution. Sie macht in Wahrheit für das Bündnis der Bourgeoisie gegen den russischen Sozialimperialismus Propaganda und läßt den Kampf der Völker gegen die Diktaturen vom Typ der Regime von Pinochet, Suharto, Mobuto usw. außer acht. Sie kümmert sich nicht um den Kampf gegen den Revisionismus und kaschiert die berüchtigte Rolle des jugoslawischen Revisionismus, ja beschönigt ihn sogar. Dadurch, daß einseitig der russische Sozialimperialismus als Hauptgefahr hingestellt wird", heißt es im Bericht, „sabotiert die ‚Drei-Welten-Theorie' in Wirklichkeit den Kampf für nationale Unabhängigkeit.

Sie empfiehlt auch die Aufrechterhaltung eines Status quo im Herrschaftsbereich der Amerikaner und des westlichen Neokolonialismus. Sie stellt den USA-Imperialismus als untergehende Kraft und den Sozialimperialismus als aufstrebende Kraft dar, vergißt aber dabei, daß die einzige aufstrebende Kraft das Weltproletariat ist, und daß strategisch gesehen in unserer Epoche der gesamte Imperialismus im Untergang begriffen ist, der amerikanische Imperialismus wie der russische, wie jeder andere Imperialismus. Taktisch darf die sogenannte Dekadenz des US-Imperialismus nicht zu dem Schluß verführen, daß er heute keine Bedrohung und keine schwere Gefahr mehr für die Völker darstellt. Der USA-Imperialismus beutet den größten Teil der Länder der Welt nach wie vor hemmungslos aus.

Aus all diesen Gründen", wird im Bericht an den II. Parteitag der PCE/ML unterstrichen, „verurteilen und bekämpfen wir die berüchtigte ‚Drei-Welten-Theorie' und bleiben der Lehre Lenins treu, daß der Marxismus der Leitfaden ist, der uns im Labyrinth den Weg weist, mit dem wir die Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten erkennen werden, der uns die Theorie des Klassenkampfes gibt."

„Vanguardia Obrera", Organ der PCE/ML, brachte auch einen Artikel unter dem Titel: Nieder mit der sehr schädlichen „Drei-Welten-Theorie"!, verfaßt von Raoul Marco, in dem erneut die entschlossene Haltung der PCE/ML gegen die „Drei-Welten-Theorie" zum Ausdruck gebracht wird. „Die Veröffentlichung eines Artikels in der Zeitung ‚Zëri i Popullit', Organ des Zentralkomitees der PAA, gegen die sogenannte ‚Theorie der drei Welten' ", wird in „Vanguardia Obrera" unterstrichen, „ist von maßgeblicher Bedeutung für die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt. Ob man diese Theorie verurteilt und bekämpft, oder sie annimmt und unterstützt, das stellt inzwischen die Demarkationslinie zwischen dem wirklich marxistisch-leninistischen und dem opportunistischen Standpunkt mit einseitig revisionistischem Einschlag dar.

Dieser Artikel kam für unsere Partei nicht unerwartet", heißt es in „Vanguardia Obrera", „denn wir kennen die richtigen Positionen der PAA zu dieser Frage genau, wie sie deutlich und überzeugend auf dem VII. Parteitag der PAA von Genossen Enver Hoxha formuliert wurden. Es sei betont, daß unsere Partei, die mit militantem Enthusiasmus den VII. Parteitag der PAA und den historischen Bericht des Genossen Enver Hoxha begrüßte, seit langem gegen die äußerst schädliche Theorie Stellung bezogen hat. Auf dem II. Parteitag wurde diese Theorie analysiert und völlig einmütig von allen Delegierten abgelehnt, die den von unserem Zentralkomitee eingenommenen Standpunkt voll Begeisterung billigten.

Aus ideologischen Gründen und im Sinne der konsequenten Haltung gegenüber den Prinzipien des Marxismus-Leninismus", unterstreicht „Vanguardia Obrera", „begrüßen wir heute in unserem Zentralorgan die kühnen und weitblickenden Aussagen der ruhmreichen PAA hinsichtlich dieser für die Sache der Weltrevolution sehr wichtigen Frage, für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Parteien, für die Trennung der aufrechten Revolutionäre und Kommunisten von den Opportunisten und Abweichlern jeder Sorte und Schattierung. Wie auf dem II. Parteitag der PCE/ML beschlossen wurde, werden wir unsere Anstrengungen verstärken, um die internationalistischen Verbindungen mit den anderen Bruderparteien zu festigen, in einer Situation, da sich im internationalen Maßstab der ideologische Kampf, der wahre Klassenkampf täglich verschärft.

Wir bekräftigen erneut", so schließt die Zeitung „Vanguardia Obrera", Organ der PCE/ML, „daß es unmöglich ist, eine prinzipienfeste, revolutionäre Politik auf nationaler Ebene zu verfolgen, wenn man nicht gleichzeitig auf internationaler Ebene eine konsequente, revolutionäre Haltung zum proletarischen Internationalismus einnimmt."

(nach Radio Tirana)



Genosse Raoul Marco, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, und Genosse Ernst Aust auf der Abschlußveranstaltung des III. Parteitags der KPD/ML.

Lateinamerikanische Jugend im Kampf

In mehreren Ländern Lateinamerikas, in denen faschistische Diktaturen an der Macht sind, nimmt der Kampf der Jugendlichen immer größere Ausmaße an.

In den letzten drei Monaten haben Hunderttausende *brasilianische* Studenten in Brasilia, Sao Paulo, Rio de Janeiro, Belo Horizonte und in anderen Städten die Vorlesungen boykottiert. Sie zogen durch die Straßen dieser Städte und riefen Losungen, mit denen sie die brutale faschistische Gewalt, die in Brasilien herrscht, anprangerten. Einen Höhepunkt erreichte ihr Kampf im Juli in der Hauptstadt Brasilia. Zehn Tage lang dauerten in dieser Stadt die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen und der Polizei an.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres wuchs auch der Kampf der *kolumbianischen* Jugendlichen an. In verschiedenen Städten wie in Bogota, Medellin, Cali usw. fanden Streiks und Demonstrationen statt aus Protest gegen die reaktionäre und volksfeindliche Politik, die das herrschende faschistische Regime nicht nur im Bildungswesen, sondern auch auf anderen Gebieten verfolgt. Sie haben ihre Protestaktionen nicht eingestellt, obwohl das reaktionäre Regime mit brutaler Gewalt vorging und auch vor bestialischen Verbrechen nicht zurückschreckte. Jungarbeiter nahmen auch an den Streiks der breiten Massen der Werktätigen in den letzten Tagen in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota teil.

Machtvoll ist auch die Streikbewegung der Jugendlichen in *Guatemala*. Agenturmeldungen zufolge haben in den letzten Tagen in der Hauptstadt dieses Landes Hunderte Studenten die Vorlesungen boykottiert und Protestmärsche gegen die Verschlechterung der Studien- und Lebensbedingungen durchgeführt. So wird ferner berichtet, daß es auf den Straßen auch zu heftigen Zusammenstößen kam, bei denen mehrere Studenten verwundet bzw. verhaftet wurden. Diese Bewegung genießt die entschlossene Unterstützung der breiten Massen der Werktätigen, die sich der reaktionären und volksfeindlichen Politik widersetzen, die die machthabende Diktatur verfolgt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Schulen und Kindergärten geschlossen

Dioxin in Mailand

14 Monate nach der Explosion von Seveso breitet sich das Gift Dioxin immer noch weiter aus. Inzwischen hat es Mailand erreicht. Verschiedene Schulen und Kindergärten mußten schon geschlossen werden. Dieses Gift, das die Amerikaner in Vietnam zum Völkermord benutzten, ruft schwerste gesundheitliche Schäden hervor.

Die Verantwortung für diese immer weiter um sich greifende Giftkatastrophe liegt bei dem La Roche Konzern und den korrupten italienischen Behörden. Der La Roche Konzern kannte die Gefahren, die durch ihre Produktion in Seveso hervorgerufen wurden, traf aber dennoch keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gegen einen solchen Unfall. Und nachher versuchten sie in trauter Einheit mit den italienischen Behörden den Unfall zu vertuschen und zu verharmlosen. Zunächst lief sogar die Produktion weiter, bis die Arbeiter dem entschlossen ein Ende setzten. Nicht ganz einen Monat später bemerkte der Konzernchef von Hoffman La Roche zynisch auf die Frage nach den Auswirkungen für die Kinder: „Die weinten vor allem, weil ihnen die Blutentnahme bei der Kontrolle weh tat. Übrigens sind heute nur noch 10 Personen im Spital."

Heute sind über 500 Kinder von Seveso und Umgebung von Chlorakne befallen, worunter sie Zeit ihres Lebens u. a. durch die Entstellungen leiden werden. Das Gift und somit auch die Krankheiten, deren Spätfolgen bis heute noch nicht überschaubar sind, breitet sich dank der gleichen skrupellosen Haltung der italienischen Politiker immer weiter aus. Hatten sie zunächst trotz der Warnungen verschiedener Fachleute die sofortige Evakuierung unterlassen und so die Verseuchung der Bevölkerung Sevesos verursacht, so haben sie bis heute keinerlei wirksame Maßnahmen zur Entgiftung und Verhinderung der Ausbreitung von Dioxin ergriffen. Im Gegenteil, so ließen sie z. B. die verseuchte Erde in noch nicht belastete Gebiete bringen und dort offen lagern, so daß das Dioxin ungehindert weitere Landstriche erreichte. Sie erklärten Gebiete „für nicht unmittelbar gefährdet", in denen schon zig Kinder an Chlorakne erkrankt waren und Frauen mißgebildete Kinder zur Welt brachten.

Aber der Widerstand der Werktätigen dieser Region wächst ständig. Sie führten in diesem Jahr schon mehrere Protestdemonstrationen durch, bei denen sie die Bestrafung der Schuldigen und die Ergreifung wirksamer Maßnahmen forderten. Ihr Kampf wird von der KPI/ML unterstützt, die in diese Kämpfe aktiv eingriff.

Lüneburg

Sechzehnjähriger von der Polizei erschossen

Diesmal war es in Buxtehude und Lüneburg, wo Polizisten einen Menschen töteten und einen schwer verletzten. Immer hemmungsloser werden sie. Immer dreister werden ihre „Begründungen". Dutzende Male haben wir es schon erlebt, wir kennen sie, diese angeblich unglücklichen Umstände, die Menschenleben kosten, während die Polizisten frei ausgehen.

Am 26. September wurde in Lüneburg ein 16jähriger das Opfer. Die Polizei stellte ihn bei einem Einbruch. Darauf sei es zu einem Handgemenge gekommen, geklärt sei bisher nicht „ob der Schuß sich von selbst löste oder ob er von einem Beamten abgegeben wurde". Weitere Einzelheiten konnten bisher nicht ermittelt werden laut Staatsanwaltschaft.

Merkwürdig, daß ein Polizist sich nicht mehr entsinnen kann, ob er den Auslöser betätigt hat. Es ist anzunehmen, daß hier nach dem gleichen Strickmuster gestrickt wird, wie im Falle des ermordeten 20jährigen Arbeiters in München, der angeblich den Auslöser selbst betätigt hat. Aus dem Munde des Staatsanwalts hört sich das dann so an: „Wir haben leider keinen unbeteiligten Zeugen und müssen uns bisher auf die Darstellungen des Beamten stützen".

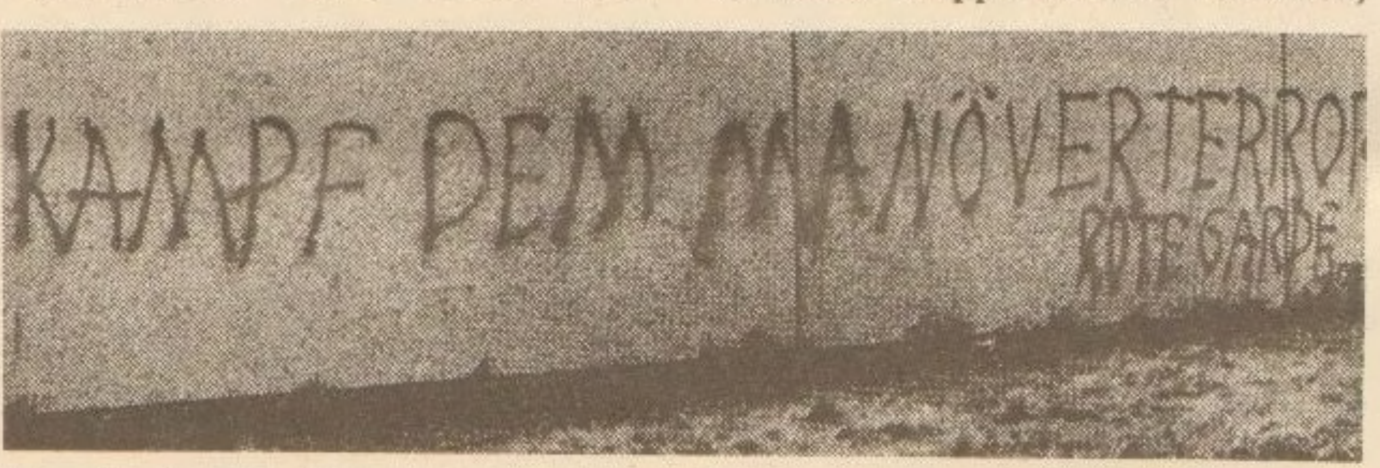
Noch haarsträubender ist der Fall des in Buxtehude schwer verletzten 30jährigen Türken. Bei einer Überprüfung im Rahmen einer Fahndung fühlte der Polizist sich bedroht. Der Türke griff in eine Plastiktüte, in der er unter anderem einen Kleiderbügel mit sich führte. Diesen identifizierte der Polizist sofort als „maschinenpistolenähnlichen Gegenstand" und schoß. Auch wie dieser Fall ausgehen wird, kennt man aus der Geschichte unseres „Rechtsstaates", so etwas wird nach dem bisherigen Recht als vermeintliche Notwehr bezeichnet, und deswegen ist noch kein Uniformträger verurteilt worden.

"Ami go home!"

Widerstand gegen Manöverterror wächst

Wiederholt hat der „Roter Morgen" in letzter Zeit über den Manöverterror der diesjährigen Herbstmanöver berichtet. Inzwischen erreichten uns weitere Korrespondenzen aus dem Allgäu und aus Schleswig-Holstein, die den volksfeindlichen Charakter der Manöver und die Empörung der betroffenen Landbevölkerung zumAusdruck bringen. Überall hinterlassen die Manövertruppen ein Bild der Verwüstung.

In Schleswig-Holstein fand das Manöver „Starker Büffel 77" der 6. Panzergrenadierdivision statt. Die Genossen der Partei fuhren aufs



Diese Parole malte die Rote Garde in Lingen. Die lokale Presse nahm das zu Anlaß, gegen die „volks- und staatszersetzenden" Parolen zu hetzen.

Land und haben sich die Manöverschäden angesehen und viele Gespräche mit der Bevölkerung geführt. Die Genossen berichten: „Was wir fanden, waren zerpflügte Äcker und Wiesen, niedergewalzte Zäune, Knicks und Gatter, tief zerstörte Wirtschaftswege, umgefahrene Toreinfahrten, Hecken und Gartenmauern." Mit welcher bewußten Rücksichtslosigkeit hier gegen die Bevölkerung vorgegangen wurde zeigt folgendes Beispiel. Ein Panzerfahrzeug fuhr rückwärts durch eine Toreinfahrt, ohne etwas zu zerstören. Beim Verlassen des Hofs wurde mit voller Absicht die Toreinfahrt gerammt und zwei gemauerte Torpfeiler wurden bis aufs Fundament zerstört. Dieser Manöverterror, der sich noch in vielen Einzelheiten zeigte, hat in der Bevölkerung große Wut auf die Bundeswehr ausgelöst.

In Süddeutschland zeigte sich das gleiche Bild von barbarischen Verwüstungen und Zerstörungen. In der Korrespondenz aus dem Allgäu, wo im Rahmen des Reforger Manövers das Manöver „Carbon Edge" stattfand, heißt es dazu: „Schonungslos und ohne jede Rücksicht auf die hier lebenden Menschen, sowie deren Grund und Boden, machten die Amis das Allgäu drei Wochen lang zu ihrem Kriegsschauplatz. Man kann auch jetzt noch fahren oder gehen, wo man will: abgefahrene Randsteine und beschädigte Häuser in den Ortschaften, abgebrochene Ränder und niedergewalzte Wassergräben, umgefahrene Straßenbegrenzungen und Verkehrsschilder prägen das Bild im gesamten Manövergebiet. Vor allem fallen immer wieder die kreisförmigen, tief eingegrabenen Panzerfurchen auf den Wiesen auf."

Im Gegensatz zu den schamlosen Lügen der Presseoffiziere und der Zeitungen, die ständig von der Rücksichtnahme der Truppen sprechen und von dem guten Einverständnis zwischen Truppe und den Zivilisten, sprechen die Tatsachen eine andere Sprache. So war bei einem Bauern in Memmingen ein Hubschrauber mitten im Maisfeld gelandet. Als dieser voller Empörung auf den Piloten losging und ihm auch ein paar anständige Schläge verpaßte, zerstörten kurze Zeit später einige Panzer den größten Teil seiner Ernte.

Im ganzen Manövergebiet ist der Haß auf die amerikanischen Besatzertruppen und die Bundeswehr gewachsen. Die Landbevölkerung macht ihrer Wut und Empörung nicht nur in Worten Luft, sie handelt auch. So drehte ein Bauer z. B. seinen Weidezaun auf 180 Volt auf. Andere fuhren in Mengen Mist und Jauche auf die Felder, um durch den Gestank die Manövertruppen von ihrem Land fernzuhalten. Immer wieder tauchten an verschiedenen Stellen Schilder auf wie: „Achtung jeder 3. Panzer wird abgeschossen (zwei waren schon da)".

Gerade Parolen wie „Ami go home" oder „Wir kämpfen nicht fürs Vaterland, wir kämpfen nicht für Gott, der Krieg ist für die reichen Leut, die Armen schießt man tot", beweisen, daß viele Bauern schon spontan erkennen, daß weder die amerikanischen Besatzertruppen noch die Bundeswehr diese Manöver zu unserem Wohle durchführen. So waren sie auch aufgeschlossen für die Aktionen der Partei, die im Manövergebiet Parolen malte und Plakate verbreitete, in denen das Antikriegsprogramm der KPD/ML bekanntgemacht wurde.



Im Umkreis von Kempten brachten Bauern ihren Protest u. a. mit diesen Schildern zum Ausdruck.

Orden für Kissinger

Ehrung für Völkermörder

Am 27. 9. 77 erhielt der frühere US-Außenminister Kissinger die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik, das Großkreuz des Bundesverdienstordens. Wie Außenminister Genscher bei der Ordensverleihung betonte, sei das Großkreuz ein äußeres Zeichen für die hervorragenden Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Kissinger steht, obwohl abgehalftert, noch immer als Zeichen für die sogenannte deutsch-amerikanische Freundschaft. Diese Freundschaft, die auf der Schmiedung gemeinsamer Komplotte gegen die Völker beruht, wird gerade jetzt durch die Ordensverleihung bejubelt, wo die Werktätigen der Bundesrepublik einmal mehr den aggressiven Charakter des US-Imperialismus kennengelernt haben. Sie haben erlebt, wie die amerikanischen Besatzertruppen barbarische Verwüstungen in ihren Dörfern und auf den Äckern während der Herbstmanöver angerichtet haben. Sie sind noch voller Empörung über die neueste völkermordende Erfindung der US-Imperialisten, der Neutronenbombe. Vergessen sind auch nicht die Verbrechen, die der US-Imperialismus ob in Vietnam oder anderswo auf der Welt begangen hat und begeht. Wichtigster Erfüllungsgehilfe dabei war eben jener Kissinger, den die westdeutschen Imperialisten jetzt mit einem Orden beehrt haben.

Aber ob mit oder ohne Orden, diese Herrschaften werden für ihre Verbrechen büßen müssen, wenn einst das Proletariat die Macht in seinen Händen hält.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.